

Unsere Menschenrechtsarbeit 2024



Impressum

Gesellschaft für bedrohte Völker e.V. (GfbV)
Postfach 2024, D-37010 Göttingen
Tel.: +49 551 49906-0, Fax: +49 551 58028
E-Mail: info@gfbv.de, www.gfbv.de

Spendenkonto bei der Sozialbank:
(IBAN) DE07 2512 0510 0000 506070
(BIC) BFSWDE33XXX



Die GfbV ist eine Menschenrechtorganisation für verfolgte ethnische und religiöse Minderheiten; NGO mit beratendem Status bei den Vereinten Nationen und mit mitwirkendem Status beim Europarat. Sektionen, Büros und Repräsentant*innen in Bosnien-Herzegowina, Deutschland, Großbritannien, Südtirol/Italien, Kurdistan/Irak, der Schweiz und den USA.

Redaktion: Jonas Bermaoui

Layout: Tanja Wieczorek

Titelbild: Kolonial-Mahnmal auf der Halbinsel Shark Island in Namibia, Foto: Michaela Böttcher/GfbV

Herausgegeben von der
Gesellschaft für bedrohte Völker
im Oktober 2025

Für Menschenrechte. Weltweit.

 | Gesellschaft für
bedrohte Völker

Inhalt

Das Team der Gesellschaft für bedrohte Völker
Vorwort Bundesvorstand

Menschenrechtsthemen im Fokus

- | | |
|--|----|
| Vereint in skrupelloser Entschlossenheit | 8 |
| Seitenwechsel in Zeiten von Shrinking Spaces | 10 |
| China im Jahr 2024 | 12 |
| Seite an Seite mit Partner*innen für den Schutz der Menschenrechte | 14 |
| Menschenrechte verteidigen, wo andere wegsehen | 16 |
| 140 Jahre Berliner Afrika-Konferenz und ihr koloniales Erbe | 18 |
| Menschenrechtsarbeit zwischen Kopfgeld und kleinen Erfolgen | 20 |

Aktivitäten und Erfolge

Die Gesellschaft für bedrohte Völker

- | | |
|---|----|
| Die Gesellschaft für bedrohte Völker | 52 |
| Freiwilliges Engagement | 53 |
| Die Sektion Bosnien und Herzegowina | 54 |
| Die Sektion Schweiz | 55 |
| Die Sektion Südtirol | 56 |
| Der Förderverein für bedrohte Völker e.V. | 57 |

Geschäftsleitung und Finanzen

- | | |
|---|----|
| Geschäftsleitung und Finanzen | 59 |
| Auf einen Blick – wichtige Gremien und Kontakte | 67 |

Unser Team



Sarah Reinke



Gerrit Jan Hofert



Laura Mahler



Jasna Causevic



Hanno Schedler



Jan Königshausen



Eliane Fernandes



Dr. Kamal Sido



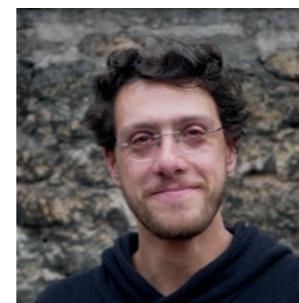
Daniel Matt



Sarah Neumeyer



Inse Geismar



Jonas Bermaoui



Elena Dellmuth



Stefanie Grolig



Myriam Givens



Betül Matur



Serdar Baysal



Christian Rach



Cécile Ayoub



Linda Döring

Vorwort Bundesvorstand

Liebe Mitglieder, liebe Freundinnen und Freunde der GfbV,

der Krieg im Sudan hat seit dem 15. April 2023 katastrophale Ausmaße angenommen: Über elf Millionen Menschen wurden vertrieben, rund drei Millionen ins Ausland, bis zu 150.000 Menschen sind tot oder verletzt. Während in einigen Landesteilen bereits Hunger herrscht, droht in anderen Regionen eine Hungersnot.

Wir gehören zu den wenigen Organisationen, die kontinuierlich auf das entsetzliche Leid im Sudan hinweisen. Gemeinsam mit der Bana Group, einem Netzwerk sudanesischer Menschenrechtsverteidigerinnen, setzen wir uns über ethnische Grenzen hinweg für Frauenrechte, Frieden und Versöhnung ein.

Dieses Beispiel steht für viele weitere, die wir in diesem Bericht dokumentieren: unser Engagement für bedrohte Menschengruppen – gegen Verfolgung, Vertreibung und Genozid. Es ist das Fundament unserer Arbeit seit der Gründung vor fast 60 Jahren durch Tilman Zülch.

Menschenrechtsverletzungen weltweit dauern an: gegen die Rohingya, in Syrien, Armenien, Gaza, der Ukraine und vielen weiteren Regionen. Auch der Frieden, den das Abkommen von Dayton auf dem Westbalkan geschaffen hat, ist gefährdet. Immer wieder gelingt es uns, diese Konflikte öffentlich zu machen – für viele Betroffene ist unsere Solidarität ein wichtiges Zeichen.

Im Juli 2024 begegneten wir der deutsch-bosnischen Autorin Mirsada Simchen-Kahrimanovic, die als Kind das Massaker von Srebrenica überlebte. Nach dem Gedenktag schrieb sie uns: „Besonders beeindruckt hat mich eure Aufrichtigkeit und das wirkliche Engagement für Menschenrechte. Ich bin sehr dankbar, dass wir uns kennengelernt haben.“

Im Oktober war der Friedensnobelpreisträger Oleg Orlov bei unserer Jahreshauptversammlung zu Gast. In seiner Rede erinnerte er an unsere gemeinsame Arbeit während der Tschetschenien-Kriege und bedankte sich für unseren Einsatz zu seiner Freilassung.

Solche Rückmeldungen bestärken uns, unsere Arbeit entschlossen fortzusetzen – trotz der vielen Herausforderungen, die vor uns liegen. Unser Dank gilt unseren haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen, die mit großem Engagement und Kompetenz täglich dazu beitragen, dass unsere kleine Organisation weltweit Wirkung entfalten kann.

Getragen wird diese Arbeit aber vor allem von Ihnen – unseren Mitgliedern, Ehrenamtlichen, Spendern*innen, Förder*innen und Abonnent*innen. Nur durch Ihr Vertrauen und Ihre Unterstützung können wir weiterhin für religiöse und ethnische Minderheiten, Indigene Völker und Opfer von Genozid eintreten.

Herzliche Grüße
Ihr Bundesvorstand

Menschenrechte im Fokus



Auf den folgenden Seiten berichten unsere Referent*innen: Sie analysieren die menschenrechtliche Lage, berichten von Reisen und Begegnungen, zeichnen langfristige Entwicklungen nach und vor und reflektieren ihre Menschenrechtsarbeit im Kontext globaler Polykrisen und schwieriger werdenden Bedingungen.

Foto: Johanna Fischotter/GfbV

Vereint in skrupelloser Entschlossenheit

Wie Autokraten die demokratischen Systeme untergraben

Wir stehen vor Kriegen und globalen Herausforderungen und sind konfrontiert mit destruktiven autokratischen Führern aus Ländern wie Russland, China, Iran, Myanmar, Mali und weiteren. Sie verwehren ihren Bürger*innen politische Teilhabe, verweigern Transparenz und verfolgen Kritiker*innen im In- und Ausland. Anne Applebaum schildert dies in ihrem Buch „Die Achse der Autokraten“, das 2024 mit dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels ausgezeichnet wurde. Laut Applebaum unterscheiden sich moderne Autokraten und ihre Systeme zwar; was sie eint, ist die skrupellose Entschlossenheit, ihre Macht zu erhalten und sich zu bereichern.

Nach einem gemeinsamen Drehbuch handeln Chinas Staats- und Parteichef Xi Jinping und Russlands Präsident Wladimir Putin, unterstützt von Viktor Orbán in Ungarn, Aleksandar Vučić in Serbien und Robert Fico in der Slowakei. Trotz unterschiedlicher geopolitischer Positionen eint diese Autokraten ein repressiver Regierungsstil und eine gegen westliche Demokratien gerichtete Außenpolitik.

Unter Xi Jinping hat sich China seit 2012 zu einem totalitären Einparteienstaat entwickelt. Die Kommunistische Partei Chinas verfolgt ein ambitioniertes Programm zur weltweiten Unterwandlung internationaler Institutionen. Im Inneren setzt China auf ein hochentwickeltes System der Massenüberwachung mit Gesichtserkennung und rigider Internetzensur: Ethnische Minderheiten, insbesondere die Uiguren in Xinjiang / Ostturkestan, werden interniert und müssen Zwangsarbeit leisten.

China arbeitet am Umbau der globalen Ordnung durch Sinisierung der Vereinten Nationen, Verdrängung Taiwans, Globalisierung des Polizeistaates, Export der chinesischen Terrorismusdefinition, Aufbau paralleler Organisationen, Durchsetzung eigener Menschenrechtsvorstellungen. China nutzt wirtschaftliche Abhängigkeiten (Neue Seidenstraße) und politische Einflussnahme (Konfuzius-Institute, Lobbyarbeit), um sein autoritäres Modell salofähig zu machen. Pekings Investitionen in Süd- und Osteuropa sollen die europäische Souveränität untergraben.

Wladimir Putin hat Russland in ein repressives, autokratisches Regime verwandelt. Er verfolgt Menschenrechtsorganisationen, zerschlägt freie Medien und unterdrückt die Opposition, um seine Macht zu sichern. LGBTQ+-Rechten wurden eingeschränkt, Bildung und Kultur systematisch ideologisiert. Neoimperialistische Aggression wie die Krim-Annexion und der Krieg gegen die Ukraine sollen die nationalistische Identität stärken.

Das Regime betreibt Desinformation, hybride Kriegsführung und nutzt Energieabhängigkeiten als Waffe. Auf der anderen Seite unterstützt Russland Autokraten in Ungarn, der Slowakei und Serbien mit Geld, Technologie und politischer Rückendeckung. Orbán, Fico und Vučić profitieren zudem von Schlapflöchern und Widersprüchen der europäischen Politik.

Ungarn unter Viktor Orbán ist ein strikt autokratischer Staat mit voller EU-Mitgliedschaft. Seit 2010 verwendet Orbán ein ähnliches Drehbuch wie Russland: Gleichschaltung von Justiz, Medien und Bildungssystem, repressive NGO-Gesetze



Bei der Verleihung des Weimarer Menschenrechtspreises an den serbischen Journalisten Dinko Gruhonjić
Foto: Sarah Neumeyer/GfbV

und Wahlrechtsreformen, die die Opposition klein halten. Orbáns „illiberale Demokratie“ widerspricht allen Werten der EU. Dennoch stützen EU-Gelder sein System. Er pflegt gute Beziehungen zu Putin und Xi – und fungiert als deren Brückenkopf in der EU. In ihrem Interesse blockiert er EU-Beschlüsse und untergräbt die Geschlossenheit der Union.

Mit ähnlichen Methoden hat Aleksandar Vučić aus Serbien eine hybride Autokratie gemacht. Während das Land formal demokratische Institutionen besitzt, ist der politische Wettbewerb stark verzerrt. Politisierte Medien, Druck auf unabhängige Journalisten, zivilgesellschaftliche Organisationen, Menschenrechtsverteidiger und Regimekritiker, Manipulation von Wahlen und Missbrauch öffentlicher Ressourcen – all das ist weit verbreitet. Vučić verfolgt eine Doppelstrategie: Einerseits propagiert er einen pro-europäischen Kurs, andererseits pflegt er enge Beziehungen zu Russland und China. So beteiligt sich Serbien nicht an Sanktionen gegen Russland und profitiert von chinesischen Investitionen, ohne westliche Auflagen zu Rechtsstaatlichkeit oder Umweltstandards.

Robert Fico, langjähriger Parteivorsitzender und Ministerpräsident der Slowakei, ist eine Schlüsselfigur des demokratischen Rückschritts in Mitteleuropa. Seit seiner Rückkehr 2023 entfernt sich die Slowakei von Rechtsstaatlichkeit und li-

beralen Werten und nähert sich autoritären Regierungsstilen an, wie sie in Ungarn und Serbien zu beobachten sind. Er hat die Spezialstaatsanwaltschaft entmachtet, die Korruption und organisierte Kriminalität überwacht – und damit Verfahren gegen Personen aus seinem Dunstkreis und seiner Partei beendet oder verhindert. Ficos Rhetorik ist populistisch und polarisierend, unabhängige Medien und Journalist*innen werden als „feindlich“ oder „Propagandisten“ bezeichnet.

Xi, Putin, Orbán, Vučić und Fico bilden eine neue autoritäre Achse, deren Ziel es ist, die liberale Demokratie abzuschaffen. Europa kann diesem konzentrierten Angriff nur standhalten, wenn es seine Möglichkeiten entschlossen nutzt. EU-Mittel dürfen fließen, solange Gerichte unabhängig urteilen, Medien frei arbeiten und Wahlen fair verlaufen – bei systematischen Verstößen müssen sie automatisch einfrieren. Europa muss massiv in seine Unabhängigkeit und Sicherheit investieren und Lieferketten diversifizieren. Darüber hinaus aber muss die EU gezielt die europäische Zivilgesellschaft stärken, zum Beispiel über einen Schutzfond, der Engagement und unabhängigen Journalismus unbürokratisch absichert. Beitragskandidaten müssen alle Staatsverträge offenlegen, bevor weitere Kapitel eröffnet werden.

Angesichts der herausfordernden globalen Entwicklungen und der Shrinking Spaces für Menschenrechtsorganisationen bleibt uns die Hoffnung, dass sich unsere neue Bundesregierung an ihr im Koalitionsvertrag verankertes Bekenntnis zur Bewahrung und Weiterentwicklung der werte- und regelbasierten Ordnung auf der Basis der universellen Geltung der Menschenrechte und des Völkerrechts halten wird – als grundlegende Voraussetzung auch unserer eigenen Sicherheit.



Jasna Causevic
ist Referentin für
Genozid-Prävention und
Schutzverantwortung

Seitenwechsel in Zeiten von Shrinking Spaces

Seit Mai 2024 arbeite ich für die Gesellschaft für bedrohte Völker. Nach vielen Jahren direkter Projektarbeit mit indigenen Gemeinschaften in Bolivien befindet ich mich nun in einer neuen Rolle: als Vermittler menschenrechtlicher Anliegen in Deutschland und Europa. Dieser Wechsel beschäftigt mich intensiv – nicht nur persönlich, sondern auch angesichts globaler Entwicklungen, die unsere Handlungsspielräume zunehmend einengen.

Zugleich beobachten wir, dass internationale Foren wie die Vereinten Nationen immer stärker Orte reiner politischer Machtkämpfe werden, anstatt der Abstimmung und Verständigung zu dienen. Menschenrechte werden auch dort relativiert, instrumentalisiert oder offen infrage gestellt. Die Idee einer regelbasierten Ordnung verliert an Verbindlichkeit – nicht nur durch autoritäre Regime, sondern auch durch das strategische Schweigen demokratischer Staaten, wenn wirtschaftliche oder sicherheitspolitische Interessen auf dem Spiel stehen. Diese Entwicklung bildet den größeren Rahmen, in dem auch unsere Arbeit stattfindet und sich die Handlungsspielräume für zivilgesellschaftliche Akteur*innen zunehmend verengen.

Die Schrumpfung zivilgesellschaftlicher Räume ist kein abstrakter Prozess, sondern vielerorts erschreckend real. In Lateinamerika geraten kritische Stimmen zunehmend unter Druck – durch Gesetzesreformen, gezielte Einschüchterung oder tödliche Gewalt. In Peru etwa wurde das Gesetz Nr. 27692, das der staatlichen Agentur für internationale Zusammenarbeit weitreichende Kontrollbefugnisse über NGOs einräumt, bereits im letzten Jahr kontrovers diskutiert. In Kolumbien und Brasilien verzeichneten Umwelt- und

Menschenrechtsorganisationen erneut die höchsten Zahlen an Morden an Aktivist*innen weltweit. Meist trifft es indigene oder ländliche Gemeinschaften, die sich gegen extractive Großprojekte zur Wehr setzen.

Auch in Bolivien schuf die Regierung schon 2015 ein Klima des Misstrauens gegenüber zivilgesellschaftlichen Akteuren: Der damalige Vizepräsident Álvaro García Linera veröffentlichte eine Liste mit über 30 NGOs, darunter Menschenrechts- und Umweltorganisationen, die er als politische Gegner oder „ausländisch gesteuerte Akteure“ bezeichnete. Solche Feindmarkierungen wirken bis heute nach. Sie schüren Misstrauen gegenüber internationaler Zusammenarbeit und erschweren die menschenrechtliche Arbeit vor Ort erheblich.

Für die Betroffenen wirken Menschenrechte derweil oft abstrakt und unzugänglich. Dabei sollen diese Rechte ja genau diese Menschen schützen. Zugleich haben unsere Partner*innen vor Ort nicht immer die Möglichkeit, ihre Anliegen selbst auf internationaler Ebene zu vertreten. Hier setzen wir als Menschenrechtsorganisation an – indem wir entweder Räume schaffen, um diese Stimmen hörbar zu machen, oder in ihrem Auftrag sprechen, wenn diese Räume geschlossen werden.

Deutschlands schwindende Rolle als menschenrechtlicher Akteur im Globalen Süden erschwert dabei unsere Arbeit. Während meiner Zeit in Bolivien wurde deutlich, wie Deutschlands Einfluss durch geopolitische Verschiebungen, insbesondere gegenüber den BRICS-Staaten, abnimmt. Beispielsweise scheiterte das Lithium-Abkommen mit Bolivien, das ursprünglich als wertegeleitete Partnerschaft gedacht war, zugunsten eines deutlich extraktivistischeren Abkommens mit China.



Eröffnung der Ausstellung „Indigene Aktivist*Innen“ in der Stadtbücherei Wersten in Düsseldorf
Foto: Natalia Otárla/GfBV

Meine Erfahrungen vor Ort gepaart mit den aktuellen geopolitischen Entwicklungen führten mich dazu, mich in meinem Projekt mit dem Konzept des „grünen Kolonialismus“ zu beschäftigen. Damit gemeint sind historisch tradierte Strukturen der Ausbeutung, die sich auch im Kontext der zeitgenössischen ökologischen Transformation zeigen. Indigene Gemeinschaften, etwa im bolivianischen Amazonasgebiet, werden symbolisch als „Hüter*innen des Waldes“ gefeiert, während ihre konkreten Rechte häufig ignoriert und ihnen ihre Territorien entrissen werden. Während meiner Arbeit erfuhr ich immer wieder von Projekten, in denen indigene Territorien für Klimaschutzmaßnahmen genutzt wurden, ohne dass die Gemeinden in Planungen oder Entscheidungen einzbezogen wurden.

Diese Widersprüche zwischen Anspruch (symbolische Anerkennung indigener Gemeinschaften) und Wirklichkeit (tatsächlicher Ausschluss aus Entscheidungsprozessen) prägen auch unsere Vermittlerrolle als Organisation. Mir ist klar geworden, dass wir dabei nicht in klassische Stellvertreterdiskurse verfallen dürfen – etwas, was mir insbesondere durch ein Gespräch mit einer Gemeinschaft im bolivianischen Amazonasgebiet deutlich wurde. Der Begriff „Aktivist*in“ wurde dort kritisch kommentiert: Man sprach von privilegierten Menschen, die von außen über andere reden, aber selbst nicht präsent sind. Diese Kritik hat mich tief getroffen und zur Reflexion gezwungen.

Daher hinterfrage ich regelmäßig unsere eigene Rolle: Wann sprechen wir selbst und wann lassen wir bewusst Raum für die Stimmen unserer Partner*innen? Wie nutzen wir unsere Privilegien so, dass sie nicht bevormunden, sondern stärken? Diese Fragen sind besonders wichtig in Zeiten, in denen die Glaubwürdigkeit menschenrechtlicher Rhetorik infrage gestellt wird. Persönlich durfte ich dies bereits durch heftige öffentliche Kritik erfahren, etwa durch einen kontroversen Artikel in einer deutschen Tageszeitung, der meine menschenrechtlichen Positionen als naiv und unrealistisch darstellte.

In der medialen Öffentlichkeit zeigt sich, welche Rolle die Deutungshoheit über menschenrechtliche Narrative spielt. Ich bin überzeugt, dass unsere Stärke darin liegt, Brücken zwischen verschiedenen Weltanschauungen und sozialen Realitäten zu bauen, indem wir Geschichten erzählen, die nicht nur informieren, sondern emotional berühren und zugleich die Würde und Handlungsfähigkeit unserer Partner*innen respektieren.

Genau diese Erkenntnis gibt mir Hoffnung: Der Bedeutungsverlust klassischer Menschenrechtsrhetorik und moralischer Floskeln kann uns zu einer ehrlicheren, pragmatischeren Arbeit führen. Wenn wir authentisch bleiben, aufmerksam zuhören und Widersprüche aushalten, können wir trotz aller Einschränkungen weiterhin effektiv handeln. Gerade in Zeiten von Shrinking Spaces müssen wir uns als kulturelle Brücke begreifen – nicht als moralische Instanz von oben, sondern als solidarische Partner*innen auf Augenhöhe.



Jan Königshausen
ist Referent für
Indigene Völker

China im Jahr 2024

Vormarsch der größten Diktatur der Welt

Die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) ist die mächtigste koloniale Organisation der Welt. In demokratischen Staaten wie Kanada oder Australien werden die kolonialen Verbrechen der Vergangenheit an Indigenen Völkern nach und nach aufgearbeitet. In China gibt es einen entgegengesetzten Trend: Dort versucht die KPCh, eine seit tausenden von Jahren währende kulturelle und ideologische Einheit Chinas zu konstruieren, um ihren Anspruch auf absolute Herrschaft innerhalb der Grenzen der Volksrepublik und über diese hinaus zu rechtfertigen. Der Begriff „Ein Land – zwei Systeme“ ist fast so alt wie die Volksrepublik China selbst. Er wurde von der Kommunistischen Partei benutzt, um den Tibeter*innen die Eingliederung in die Volksrepublik schmackhaft zu machen. Die Institution des Dalai Lama, so steht es in dem sino-tibetischen Abkommen von 1951, sollte nicht angetastet werden. Acht Jahre später musste der 14. Dalai Lama aus Tibet fliehen.

Tibet, Ostturkestan (Xinjiang) und die Innere Mongolei machen zusammen fast die Hälfte der Gesamtfläche Chinas aus. Sie werden von der chinesischen Regierung zwar als „Autonome Regionen“ bezeichnet, aber nirgendwo offenbart sich der totale und koloniale Herrschaftsanspruch der KPCh deutlicher als hier. Auch die Lage der Angehörigen der muslimischen Hui-Nationalität, der Christ*innen und Falun-Gong-Angehörigen ist prekärer denn je. Unter Xi Jinping hat sich die Lage dieser Gemeinschaften, die dringend mehr Unterstützung von Staaten wie Deutschland bräuchten, drastisch verschlechtert.

Auch in Hongkong hat die chinesische Regierung das Versprechen, mit dem Konzept „Ein Land – zwei Systeme“ könnten die Menschen nach der Rückgabe durch Großbritannien mindestens bis 2047 gewisse Freiheiten behalten, rücksichtslos

gebrochen. Bis vor einigen Jahren konnte man dort noch Bücher kaufen, die über das wahre Ausmaß der von Mao Zedong ausgelösten Hungersnot während des „Großen Sprungs nach vorn“ (1959-1962), die Verheerungen von Maos „Kulturrevolution“ (1966-1976) oder die Verbrechen der KPCh in Tibet und Ostturkestan informierten. Das hat sich geändert. Die Partei hat innerhalb weniger Jahre die lebendige Zivilgesellschaft in Hongkong zerstört und Freiheitskämpfer*innen wie den 77-jährigen Jimmy Lai inhaftiert. Mit dem Verkauf von kritischen Büchern würde man heutzutage ins Fadenkreuz der Peking-treuen Führung und ihres gefürchteten Nationalen Sicherheitsgesetzes geraten.

Gegenüber Taiwan nutzt die chinesische Regierung das Konzept „Ein Land – zwei Systeme“, um die Menschen auf der Insel von einer „Wiedervereinigung“ Taiwans mit der Volksrepublik China zu überzeugen. Aber erstens war Taiwan nie Teil der Volksrepublik, und zweitens wissen die Taiwaner*innen, was eine Übernahme für ihre mühsam erkämpften Freiheiten bedeuten würde. Seit den 1980er Jahren hat sich das Land von einer Diktatur in eine lebendige, streitlustige Demokratie verwandelt. Diese Demokratie würde durch den Einmarsch der chinesischen Volksbefreiungsarmee zerstört.

Unter Staats- und Parteichef Xi Jinping hat sich die chinesische Regierung zunehmend radikaliert. Xi setzt auf einen großchinesischen Nationalismus, in dem ethnische und religiöse Gruppen gleichgeschaltet werden sollen. Mit ihrer Politik der Zwangsassimilierung von Kindern nicht-chinesischer Volksgruppen hat die KPCh in den vergangenen Jahren ihren bereits bestehenden Katalog an Grausamkeiten erweitert. Tibeterische, uigurische und mongolische Kinder sollen



Demo gegen das Engagement des Volkswagenkonzerns in Ostturkestan, Foto: Hanno Schedler/GfbV

von ihren Kulturen, Sprachen, Traditionen und ihren eigenen Familien entfremdet werden. In Tibet und Ostturkestan werden bereits Kinder im Vorschulalter von ihren Eltern getrennt und in staatlichen Internaten systematisch indoktriniert.

Auch bei den Vereinten Nationen ist China aggressiver geworden: Regelmäßig erleben wir beim Menschenrechtsrat in Genf, wie chinesische Diplomaten die Wahrheit über die Verbrechen der eigenen Regierung abstreiten und auch nicht davor zurückschrecken, Vertreter*innen von ethnischen und religiösen Gemeinschaften einzuschüchtern. Neben der Einschüchterung von Minderheitenangehörigen nutzt die chinesische Regierung aber auch andere Mittel, um die Menschenrechtssituation in China zu verschleieren. So schickt sie etwa chinesische Organisationen, die nur auf dem Papier unabhängig sind, nach Genf, um die Menschenrechtssituation im Land explizit zu loben. Die Volksrepublik ist verlässliches Mitglied der Achse von Diktaturen, die sich im UN-Menschenrechtsrat gegenseitig vor Kritik schützen.

Die deutsche China-Politik kann ebenfalls unter dem Begriff „Ein Land – zwei Systeme“ zusammengefasst werden: Beim Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen kritisiert Deutschland gemeinsam mit seinen Verbündeten seit Jahren die Verfolgung von Tibeter*innen, Uigur*innen, Mongol*innen, chinesischen Menschenrechtsvertei-

diger*innen und Hongkonger*innen. Wenn es aber darum geht, innerhalb der Europäischen Union auf eine geeinte Haltung gegenüber China hinzuarbeiten, kommt der Systemwechsel: Aus dem UN-Netzwerker wird ein EU-Einzelgänger. Deutschland stellt sich gegen EU-Ausgleichszölle auf chinesische Autos. Zu China-Besuchen wird lieber eine große Delegation deutscher Wirtschaftsbosse mitgenommen als andere europäische Regierungsoberhäupter. Und bei dem letzten Besuch des chinesischen Premierministers im Juni 2023 in Deutschland durften Journalist*innen keine Fragen stellen.

Deutschland muss seine China-Politik europäisieren und sich im Sinne der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und der UN-Konventionen – wie der zum Schutz des Kindes – dafür einsetzen, dass tibetische, uigurische und mongolische Kinder die Sprachen und Kulturen ihrer Eltern übernehmen können.



Hanno Schedler
ist Referent für
Genozid-Prävention und
Schutzverantwortung

Seite an Seite mit Partner*innen für den Schutz der Menschenrechte

Göttingen, Frühjahr 2024: Unser Redaktionsteam – Dr. Mieste Hotopp-Riecke, Turkologe und langjähriger ehrenamtlicher Koordinator der GfbV, die krimtatarische Schriftstellerin und Aktivistin El'nara Nurieva-Letova, Prof. Elmira Muratova und ich – traf sich im Göttinger Bundesbüro. Auf Tischen und auf dem Boden lagen alte Ausgaben unserer Zeitschrift „Pogrom/Bedrohte Völker“, später „Für Vielfalt“, daneben Transparente, Plakate und Flugblätter aus fast fünf Jahrzehnten: greifbare Zeugnisse der unermüdlichen Solidarität der GfbV mit den Krimtataren. Nun standen wir am Beginn eines neuen Projektes: Gemeinsam entwickelten wir das Konzept für das erste umfassende deutschsprachige Buch über Geschichte, Kultur und Politik dieser indigenen Minderheit. Das Werk sollte akademische Analyse, Essay, Reportage, Kunst und Information verbinden, mit dem Anspruch, sowohl einem fachfremden Publikum als auch bereits informierten Akademiker*innen neue Eindrücke und Erkenntnisse zu vermitteln.

Seitdem begleitet mich das Buchprojekt durch das ganze Jahr. Alle zwei Wochen beraten wir online, sammeln, übersetzen und redigieren Texte, prüfen Quellen, recherchieren Bildmaterial und fügen Kapitel zusammen. Parallel eskaliert Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine: Wohnhäuser, Krankenhäuser und Schulen werden bombardiert, auf der besetzten Krim werden Krimtataren systematisch verfolgt und verhaftet. Wir lancieren Appelle, organisieren Informationsabende in mehr als einem Dutzend Städten, pflegen enge Kontakte zu Journalist*innen und aktualisieren fortlaufend ein Memorandum, das inzwischen 127 politische Gefangene der Krimtataren dokumentiert.

Ständig stimmen wir uns ab, um jede Zahl, jedes Zitat und jede geschilderte Repression zu verifizieren.

Netzwerk- und Brückenarbeit bleibt das Herzstück unserer Strategie. Wir bringen Krimtataren, Romn*ja und nordasowsche Griech*innen aus der Ukraine auf gemeinsamen Podien zusammen, moderieren den Austausch mit Ministerien, Medien und Stiftungen und schaffen so Sichtbarkeit, die sie allein kaum erreichen könnten. Die Mischung aus fachlichem Tiefgang und persönlicher Verbundenheit führt dazu, dass neue Kooperationen oft schon während der Veranstaltungen entstehen.

Über den Zentralrat Deutscher Sinti und Roma lernten wir ARCA, die Roma-Jugendorganisation der Ukraine, kennen. Gemeinsam verfassen wir Presseerklärungen, erarbeiten Eingaben für UN-Gremien, unterstützen uns gegenseitig bei Projektanträgen und bereiten für 2025 die Gründung eines Vereins geflüchteter Romn*ja in Deutschland vor, damit ihre Stimme hier langfristig Gewicht erhält.

Dieser partnerschaftliche Ansatz steht im scharfen Kontrast zum Versagen vieler Regierungen und der internationalen Gemeinschaft: Der Krieg in der Ukraine dauert an, Millionen Menschen werden im Sudan vertrieben, Minderheiten in der Türkei und im russischen Föderationsgebiet leben unter Repression, und die Klimakrise trifft jene am härtesten, die am wenigsten dazu beigetragen haben. Zu all diesen Schauplätzen arbeiten wir – häufig Schulter an Schulter mit Betroffenen –, be-



Pressekonferenz über Völkermord-Hinweise in Bergkarabach, Foto: Michal Leh

raten Medien, verfassen Hintergrundpapiere, organisieren Proteste und sprechen in parlamentarischen Anhörungen.

Verlässliche Informationen sind dabei oft Mangelware. Auf der Krim werden unabhängige Journalist*innen verfolgt; im Sudan verweigert die Regierung selbst der UN-Fact-Finding-Mission den Zutritt; das Land ist für Journalist*innen lebensgefährlich. Unsere langjährigen Kontakte helfen, diese Lücken zu schließen. Wir sorgen dafür, dass Menschenrechtsverteidiger*innen ihre Berichte international bekannt machen können.

Seit dem 15. April 2023 tobte ein neuerlicher Krieg im Sudan, der weite Teile des Landes erfasst hat. Frauen, Kinder und ethnische Minderheiten sind die Hauptleidtragenden der Gewalt, die schon 150.000 Todesopfer gefordert hat. Über gemeinsame Bekannte wurde die Menschenrechtsverteidigerin Mai Ali auf uns aufmerksam. Ihr Netzwerk „Bana Group for Peace and Development“ vereint inzwischen über 150 Frauen, die in verschiedenen Landesteilen und in Flüchtlingslagern der Nachbarländer psychosoziale Betreuung anbieten, Menschenrechtsverletzungen dokumentieren und so gut es geht humanitäre Hilfe leisten.

Mai Ali musste selbst fliehen und arbeitet nun von Deutschland aus mit der Kurve Wustrow e.V. und uns zusammen. 2024 veröffentlichten wir einen 80-seitigen Bericht, der anhand von Zeugenaussagen, Berichten und Satellitenbildern nachweist,

dass mindestens eine Kriegspartei Völkermord an der Volksgruppe der Masalit begeht. Zum ersten Jahrestag des Krieges übergaben wir den Bericht im Auswärtigen Amt. Unsere Aufgabe in der Projektpartnerschaft mit Mai Ali ist die Lobby- und Medienarbeit: Alle zwei Wochen nehmen wir an Lage-Calls mit Aktivistinnen im Sudan teil, fertigen Briefings für Abgeordnete an und arrangieren Gespräche in Genf, wie im Herbst 2024 zum Beispiel mit der UN-Fact-Finding-Mission für den Sudan und der Sonderberichterstatterin für Gewalt gegen Frauen.

Auch im Südaustralien verstehen wir uns als Korrektiv: 2023 vertrieb Aserbaidschan 120.000 Armenier*innen aus Bergkarabach, doch Berlin und Brüssel reagierten kaum. Als Präsident Ilham Aliyev im Mai 2024 zu politischen Gesprächen in Deutschland weilte, protestierten wir gemeinsam mit dem Zentralrat der Armenier, der Armenien-Expertin Dr. Tessa Hofmann und vielen Verbündeten lautstark vor dem Kanzleramt, übergaben einen offenen Brief und veröffentlichten das ganze Jahr hindurch Stellungnahmen, um endlich entschlossene Sanktionen und humanitäre Maßnahmen einzufordern.

Die Suche nach der richtigen Rolle der GfbV in einer Welt überlappender Kriege, Katastrophen und Desinformation prägte mein Jahr 2024. Wie sind wir wirksam, glaubwürdig und solidarisch an der Seite so vieler Gruppen und Einzelpersonen, deren Leid selten Schlagzeilen macht? Darauf suchen wir Tag für Tag neue Antworten – gemeinsam mit unseren Partner*innen weltweit.



Sarah Reinke
ist Leiterin der
Menschenrechtsreferate

Menschenrechte verteidigen, wo andere wegsehen

Was können wir tun, wenn die Politik auf Menschenrechtsverletzungen nicht reagiert? Ein Weg ist, die öffentliche Meinung so zu sensibilisieren und zu mobilisieren, damit sich die Politik gezwungen sieht, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen. Das bedeutet: mehr Sichtbarkeit in den Medien, öffentliche Auftritte, Vorträge und Podiumsdiskussionen. Wie schon in den vergangenen Jahren standen wir auch 2024 vor der Herausforderung, dass sich die deutsche Politik und die Regierungen der NATO-Staaten kaum mit Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen im eigenen Einflussbereich befassen wollten. Gemeint sind damit die Kriegsverbrechen des türkischen Staates – eines führenden NATO-Mitglieds – sowie der von ihm unterstützten islamistischen Kräfte in der Türkei und in Nachbarländern wie Syrien und dem Irak.

Auch die Opfer dieser Politik mussten stärker in den Fokus der medialen Berichterstattung gerückt werden. Dabei geht es nicht nur um die Kurden, sondern um sämtliche betroffene Gruppen: Assyrer/Aramäer/Chaldäer, Armenier, Belutschen, Yeziden, verschiedene christliche Gemeinschaften, Kopten, Drusen, Ismailiten, Mandäer und Bahá'í. Wenn große Medien uns den Zugang verwehren, müssen wir andere Wege finden, um gehört zu werden. So war ich im Jahr 2024 deutschlandweit mit Vorträgen und Diskussionsveranstaltungen unterwegs, um lokalen Zeitungen, Radiosendern und Fernsehanstalten Interviews zu geben und auf das Leid der genannten Gruppen aufmerksam zu machen. Ein kleiner, aber bedeutender Durchbruch war, dass eine Institution wie das European Center for Constitutional and Human Rights (ECCR) sowie einige deutsche Anwälte bereit waren, die Kriegsverbrechen des türkischen Staates in der syrisch-kurdischen Region



Bei Bischof Damian, dem Oberhaupt der koptisch-orthodoxen Gemeinde in Deutschland, Foto: Salome Müller/GfbV

Afrin öffentlich zu machen und strafrechtlich zu verfolgen.

Wir haben die Strafanzeige des ECCR mit Fakten und Zeugenaussagen unterstützt und konnten sie dank der Spenden unserer Mitglieder und Förderer – also Ihrer Hilfe – auch finanziell absichern. Herzlichen Dank dafür! Denn anders als die Opfer verfügen die Täter oft über erhebliche finanzielle Mittel, mit denen sie ihre Verbrechen zu vertuschen versuchen. So auch im Fall der Türkei, die durch Katar, eines der reichsten Länder der Welt, massiv unterstützt wird – nicht nur finanziell, sondern auch politisch und diplomatisch durch die NATO-Staaten. Die Strafanzeige gegen Kriegsverbrecher in Afrin war Anfang 2024 ein erster, kleiner Erfolg. Ein weiterer war, dass dieses Verfahren auch in großen deutschen Medien aufgegriffen wurde – unter anderem vom Deutschlandfunk unter dem Titel „Massaker in Afrin – Türkische Verbrechen vor Gericht in Deutschland“. Auch wir kamen dort zu Wort und das war wichtig. Denn während sich viele weiterhin ausschließlich mit den Kriegsverbrechen des Assad-Regimes beschäftigten, ignorierten sie die Verbrechen der



Vortrag über die Studie „Operation Olivenzweig – eine völkerrechtliche Analyse, Foto: Myriam Givens/GfbV

islamistischen syrischen Opposition und der Türkei. Diese einseitige Betrachtung hat die Glaubwürdigkeit internationaler Institutionen und der deutschen Politik massiv beschädigt. Denn das Leid ist überall gleich.

Es reicht nicht aus, nur in deutschsprachigen Medien präsent zu sein. Wir müssen auch die Sprachen der Opfer erreichen – in diesem Fall kurdisch, arabisch und türkisch. So zeigen wir den Betroffenen, dass sie gehört werden und ihr Leid auch in Deutschland thematisiert wird. 2024 waren wir daher auch in verschiedenen kurdischen, arabischen und türkischen Medien präsent.

Als türkische Nationalisten versuchten, die Fußball-Europameisterschaft für ihre Zwecke zu instrumentalisieren – darunter auch türkische Fans in Deutschland –, und dabei den berüchtigten Wolfsgruß zeigten, meldeten wir uns deutlich zu Wort. Unsere Stellungnahmen verbreiteten sich rasch und erreichten Millionen von Menschen in Deutschland und ganz Europa. Wir riefen Sportler und Fans dazu auf, den Sport als Mittel für Frieden und Völkerverständigung zu nutzen – nicht für Hass. Um unseren Einsatz für Menschen- und Minderheitenrechte in den Medien zu stärken, suchten wir gezielt den Kontakt zu Journalisten. Besonders hervorzuheben ist hierbei die Autorin und Journalistin Ronya Othmann, die wir Ende des Jahres für ihr Engagement für Minderheiten im Nahen Osten auszeichneten. Sie wurde Ehrenmitglied der GfbV.



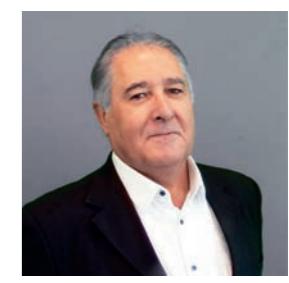
In der ZDF-Sendung „heute - in Europa“ am 3. Juli, Foto: Sarah Neumeyer/GfbV

Wegen unserer Arbeit wurden wir in sozialen Medien und großen türkischen Tageszeitungen zur Zielscheibe von Hetze. So veröffentlichte etwa die in Istanbul ansässige Milliyet am 07.07.2024 einen langen, persönlich diffamierenden Artikel über mich. Diese Angriffe werden jedoch keinen Erfolg haben. Auch auf privaten Social-Media-Kanälen habe ich nahezu rund um die Uhr in mehreren Sprachen Menschenrechtsverletzungen kommentiert – Beiträge, die wiederum von anderen Medien aufgegriffen wurden.

Ende 2024 erreichte uns schließlich eine sehr gute Nachricht: Die brutale Diktatur Assads wurde gestürzt. Viele Gefangene, die die Folter überlebt hatten, konnten in ihre Heimat zurückkehren. Die schlechte Nachricht jedoch: Islamisten übernahmen die Macht und begingen sofort neue Verbrechen: In den ersten Tagen nach Assads Sturz vertrieben sie etwa 200.000 Kurden, sie massakrierten Alawiten und Christen im Westen Syriens. Daraüber dürfen wir nicht schweigen – auch wenn andere es tun. Darum ist unsere Arbeit, die Arbeit der GfbV, und vor allem Ihre Unterstützung, so unentbehrlich.

Dafür danke ich Ihnen von Herzen.

Dr. Kamal Sido
ist Referent für
ethnische und religiöse
Minderheiten



140 Jahre Berliner Afrika-Konferenz und ihr koloniales Erbe

Am 15. November 1884 begann in Berlin ein Treffen, das die geopolitische und gesellschaftliche Ordnung Afrikas bis heute prägt: die Berliner Afrika-Konferenz. Eingeladen von Otto von Bismarck, verhandelten 14 europäische Staaten, die USA und das Osmanische Reich mit insgesamt 19 Delegierten über die territoriale Aufteilung Afrikas, ohne Beteiligung afrikanischer Vertreter*innen. Ziel war nicht Frieden, sondern die wirtschaftliche Ausbeutung des Kontinents. Die Konferenz schuf eine imperiale Ordnung, in der afrikanische Gesellschaften als Objekte kolonialer Verwertung betrachtet wurden. Ein Denken, dass bis heute nachwirkt.

Zum 140. Jahrestag im November 2024 wurde das koloniale Erbe dieser Konferenz in zahlreichen Veranstaltungen kritisch beleuchtet. Die „Dekoloniale Berliner Afrika-Konferenz“ lud 19 Expert*innen aus den Bereichen Politik, Wissenschaft, Kunst und Zivilgesellschaft aus betroffenen Ländern ein, die die Nachwirkungen der historischen Konferenz diskutierten. Es ging dabei nicht nur um die historische Aufarbeitung, sondern auch gegenwärtige Fragen globaler Ungleichheit, Ressourcenzugänge und Reparationen. Die Diskussionen machten deutlich, dass die Afrika-Konferenz nicht nur historisch bedeutsam, sondern ein Schlüssel zum Verständnis struktureller Ungleichheiten zwischen Afrika und Europa, kolonialer Kontinuitäten sowie heutiger geopolitischer Konfliktlagen ist. An allen Themen, zu denen die Gesellschaft für bedrohte Völker aktuell im Bereich Afrika arbeitet, sind die Folgen dieser Konferenz noch erkennbar.

Namibia – Der lange Schatten des Völkermords

Namibia steht beispielhaft für die Gewalt, die mit der Konferenz legitimiert wurde. Als deutsches Kolonialgebiet wurde es zum Schauplatz des ersten Völkermords des 20. Jahrhunderts. Rund 100.000 Ovaherero und Nama wurden in einem Vernichtungskrieg getötet. Nach langjährigen Verhandlungen haben sich Deutschland und Namibia erst 2015 auf die sogenannte Gemeinsame Erklärung geeinigt. Sie hatte das Ziel, die Vergangenheit aufzuarbeiten, bleibt aber umstritten. Kritisiert wird vor allem die mangelnde Beteiligung der betroffenen Gemeinschaften sowie Deutschlands Vermeidung echter Reparationen zugunsten von Entwicklungsprojekten. Laut UN-Sonderberichterstatter*innen spiegelt das Vorgehen koloniale Strukturen wider, bei denen ehemalige Kolonialmächte die Bedingungen diktieren.

Koloniale Kontinuitäten werden auch in Südnamibia deutlich, wo unter deutscher Beteiligung ein Milliardenprojekt zur Produktion von grünem Wasserstoff entstehen soll. Es soll in einem 4.000 km² großen Gebiet im Tsau||Khaeb-Nationalpark in der Nähe von Lüderitz gebaut werden. Genau dieses Gebiet war den Nama einst gewaltsam genommen und zum Diamanten-Sperrgebiet erklärt worden. Die fehlende Konsultation der Betroffenen macht dieses Projekt zu einem Beispiel für neokolonialen Extraktivismus.



Auch die GfbV gehört zum „Bündnis Völkermord verjährt nicht“. Hier in !NamiǂNûs (Lüderitz) anlässlich des Gedenktages am 22. April. Foto: Michaela Böttcher/GfbV

Tansania – Kolonialer Naturschutz als Dauerzustand

In Tansania wirkt die Kolonialgeschichte besonders im Naturschutz nach. Der von der Kolonialverwaltung eingeführte „Festungsnaturschutz“ sah die strikte Trennung von Mensch und Natur vor und prägt bis heute große Schutzgebiete wie die Serengeti. Indigene Gemeinschaften wie die Maasai werden von ihrem angestammten Gebiet verdrängt, um Platz für Tourismus oder CO₂-Ausgleichsflächen zu machen. Diese Praktiken folgen der kolonialen Logik, Natur zu verwalteten und zu verwerten, ohne Rücksicht auf lokale Rechte. Die Afrika-Konferenz steht symbolisch für diese Entkopplung von Raum und Selbstbestimmung, die sich heute im „grünen Kolonialismus“ fortsetzt.

Westsahara – Koloniale Grenzen und anhaltende Entrechtung

1884 erklärte Spanien große Teile der heutigen Westsahara zu seinem Protektorat. Die Afrika-Konferenz markierte damit den Beginn der seitdem andauernden Entrechtung der sahrauischen Bevölkerung. Nach Spaniens vollständigem Abzug 1976 besetzte Marokko das Gebiet – ohne völkerrechtlich anerkanntes Selbstbestimmungsreferendum. Die daraus resultierende Besetzung und der ungelöste Konflikt führen bis heute zu Vertreibung, humanitärer Not und internationaler Rechtlosigkeit.

Der Rohstoffreichtum der Region, darunter Phosphate, Potenziale für erneuerbare Energien und Fischbestände, befeuert den Konflikt. Der Europäische Gerichtshof stellte mehrfach fest, dass Handelsverträge mit Marokko nicht auf die Westsahara anwendbar sind. Dennoch ignorieren viele europäische Akteure, darunter auch deutsche Unternehmen, diese Urteile und stärken so die wirtschaftliche Basis der Besetzung.

Demokratische Republik Kongo – Kolonialer Ursprung ethnischer Spannungen

Im Osten der Demokratischen Republik Kongo sind die Banyamulenge Ziel jahrzehntelanger Gewalt. Obwohl ihre Präsenz in der Region bis ins 17. Jahrhundert zurückreicht, gelten sie vielen in ihrem eigenen Land als Fremde und nicht-kongolesisch. Der Ursprung dieser Stigmatisierung liegt in kolonialen Klassifizierungen, die Bevölkerungen willkürlich in „Einheimische“ und „Zugewanderte“ einteilten. Seit Jahrzehnten werden Kampagnen gegen die Banyamulenge geführt und zu ihrer gewaltsamen Vertreibung aufgerufen. Diese Rhetorik ist bis heute die treibende Kraft hinter Angriffen lokaler Milizen auf die Banyamulenge. Die Afrika-Konferenz ignorierte bewusst afrikanische Realitäten und ebnete so den Weg für ethnische Spaltungen, die bis heute gewaltsam eskalieren.

Postkoloniale Verantwortung

140 Jahre nach der Berliner Afrika-Konferenz sind ihre Folgen nicht überwunden. Politische Instabilität, wirtschaftliche Abhängigkeiten, kulturelle Enteignung und rassistische Narrative sind Ausdruck fortbestehender kolonialer Strukturen. Symbolische Gesten reichen nicht aus. Eine ernst gemeinte postkoloniale Politik muss das koloniale Denken konsequent hinterfragen und denen zuhören, die bis heute mit seinen Folgen leben.



Laura Mahler
ist Referentin für
Subsahara-Afrika

Menschenrechtsarbeit zwischen Kopfgeld und kleinen Erfolgen

Im Januar 2024 reiste ich auf Einladung der indigenen Organisation UNIVAJA (União dos Povos do Vale do Javari) ins Javari-Tal. Beto Marubo, den ich 2023 nach Genf zum Expertenmechanismus für die Rechte Indigener Völker begleitet hatte, wollte mir die Arbeit von UNIVAJA aus nächster Nähe zeigen. Er setzt sich besonders für in freiwilliger Isolation lebende Indigene ein. Beto stammt selbst aus dem indigenen Territorium Javari-Tal im brasilianischen Bundesstaat Amazonas. Dort leben schätzungsweise 16 indigene Gruppen in freiwilliger Isolation – die höchste Anzahl weltweit. Hier hat Beto eng mit Bruno Pereira zusammengearbeitet.

Am 5. Juni 2022 wurden im Javari-Tal der brasilianische UNIVAJA-Mitarbeiter Bruno Pereira und der britische Journalist Dom Phillips von illegalen Fischern ermordet. Der Verlust seines engen Freundes Bruno, den Beto einst selbst in das Javari-Tal eingeladen hatte, um dort Indigene Völker zu schützen, traf ihn besonders schwer. „Wir waren wie Brüder“, sagte er mir einst. Er erzählte mir auch, wie er Bruno kennenlernte, als dieser von der brasilianischen Behörde für indigene Angelegenheiten (FUNAI) ins Javari-Tal geschickt wurde. Zunächst zweifelte Beto an Brunos Eignung für diese schwierige Region, doch sein Vater überzeugte ihn vom Gegenteil. Bruno und Beto verband ihre gemeinsame Leidenschaft für die Feldarbeit und den Schutz von in freiwilliger Isolation lebenden Indigenen Völkern.

Neben Bruno erhielten auch Beto und weitere Kollegen Morddrohungen von Holzfällern und illegalen Fischern, die mit dem Drogenhandel ver-

netzt sind. Aufgrund anhaltender Morddrohungen leben Beto und sein Bruder Eliesio auf Empfehlung der brasilianischen Bundespolizei derzeit in der Hauptstadt Brasília.

Bereits bei unserer Ankunft in der Stadt Tabatinga im Bundesstaat Amazonas wurde mir klar, was es bedeutet, wenn ein Kopfgeld auf jemanden ausgesetzt ist. Für Beto und seinen Bruder Eliesio beträgt es jeweils 200.000 Reais (ca. 32.000 Euro). Seit dem Mord an Bruno begleiten Bundespolizisten die Brüder bei jeder Rückkehr in die Region. Bei unserer Ankunft warteten schwer bewaffnete Polizisten auf uns, jeder Weg musste vorab genau geplant und der Polizei gemeldet werden. In der Öffentlichkeit oder in Restaurants durften sich Beto und Eliesio nur in Begleitung der Bundespolizei bewegen.

Die Fahrt von Tabatinga nach Atalaia do Norte, Sitz von UNIVAJA und Zugang zum indigenen Territorium, musste präzise organisiert werden, damit wir vor Einbruch der Dunkelheit sicher ankamen. Während der Fahrt auf dem Schnellboot, begleitet von schwer bewaffneten Polizisten, raste mein Herz. Die Blicke mancher Menschen, die uns beobachteten, deuteten auf mögliche Verbindungen zu jenen hin, die Bruno Pereira und Dom Phillips ermordet hatten. Diese Erfahrung verdeutlichte mir eindringlich, welchen Mut und welches Engagement Beto und Eliesio beim Schutz der Indigenen zeigen.

Ähnliche Erfahrungen machen auch Benki Piyāko und seine Familie, die sich für die Rechte der Asháninka im brasilianischen Bundesstaat Acre en-



GPS-Vermessungsteam aus Ingenieuren und indigenen Guides in der peruanischen Region Ucayali
Foto: Eliane Fernandes/GfBV



Erinnerung an den ermordeten UNIVAJA-Aktivist Bruno Pereira und seinen Begleiter Dom Phillips
Foto: Eliane Fernandes/GfBV

Engagement konzentriert sich darauf, ihren Einsatz sichtbar zu machen und sie bei der Verteidigung ihrer Familien, Gemeinschaften und Territorien zu unterstützen. Der enge Kontakt zu diesen Menschen ist dabei von zentraler Bedeutung.

gagieren. Auch Benki lebt seit Jahren mit ständigen Drohungen durch Holzfäller und das organisierte Verbrechen. 2014 waren sein Freund Edwin Chota und drei weitere Asháninka-Vertreter brutal ermordet worden.

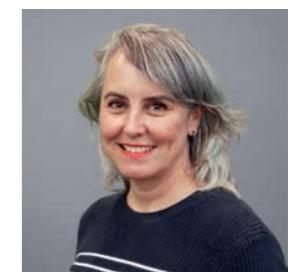
Von Ende Juni bis Mitte Juli 2024 begleitete ich Benki und seinen Anwalt Rodrigo Machado bei Besuchen bei der Staatsanwaltschaft in Cruzeiro do Sul, Acre. Benki und seine Familie stehen weiterhin unter permanenter Bedrohung, weshalb ich die Situation fortlaufend beobachte und dokumentiere.

Auch jenseits der Grenze, in Peru unterstützen wir Asháninka-Gemeinschaften. Dort konnten wir 2024, mit Unterstützung der Hering-Stiftung „Natur und Mensch“, ein GPS-Vermessungsteam zu zwei Asháninka-Territorien in der peruanischen Region Ucayali entsenden, um die Grenzen der Territorien genau zu erfassen. Ihre Daten sind jetzt beim peruanischen Staat hinterlegt und offiziell anerkannt. Dies ermöglicht den Gemeinschaften, sich gegen illegale Eindringlinge zu schützen, weil sich leicht nachweisen lässt, dass sie sich auf demarkiertem Territorium befinden.

Als Referentin der Gesellschaft für bedrohte Völker ist es mein Ziel, die mutigen indigenen Vertreterinnen und Vertreter zu unterstützen. Ich möchte dafür sorgen, dass sie in Sicherheit ihre Rechte ersteiten und wahrnehmen können. Mein

Es erfüllt mich mit großer Freude, zu sehen, wie diese oftmals unbeachtet lebenden Menschen Großes für den Schutz der Regenwälder leisten. Gleichzeitig sind sie ständigen Gefahren durch Großprojekte und illegale Aktivitäten ausgesetzt. Unsere Arbeit gibt ihnen Rückhalt, ihren Kampf fortzuführen.

Diese Arbeit ist längst nicht abgeschlossen. Unser zivilgesellschaftliches Engagement bleibt essenziell für Indigene Völker und ethnische Minderheiten weltweit, die täglich für ihre Rechte und ihr Überleben kämpfen.



Eliane Fernandes
ist Referentin für
Indigene Völker

Aktivitäten und Erfolge



Auf den folgenden Seiten haben wir eine kleine Auswahl unserer vielfältigen Aktivitäten und Erfolge zusammengestellt. Die Kurzberichte führen Sie durch unser Jahr und sind mit Links versehen, damit Sie leicht an weiterführende Informationen gelangen.

Foto: Nora Erdmann/GfBV



Ilham Tohti seit 10 Jahren in Haft

Zum 10. Jahrestag von Ilham Tohtis Verhaftung forderten wir von der Bundesregierung einen verstärkten Einsatz für seine Freilassung. Das UPR-Verfahren zu China am 23.1. bot dazu eine Gelegenheit. Wir erinnerten an Tohtis Auszeichnungen und seine Nobelpreis-Nominierung.



Zum Artikel in der Thüringer Allgemeinen



Forderung nach Referendum in der Westsahara

Wir forderten ein unabhängiges Referendum zur Selbstbestimmung der Sahraus. Dabei prangerten wir Marokkos anhaltende Besatzung und die völkerrechtswidrige Ausbeutung von Rohstoffen an und erinnerten an die Pflicht der UN, Resolution 1514 endlich umzusetzen.





Verhaftung von Oleg Orlov

Sofort nach der Verhaftung des Menschenrechtlers Oleg Orlov protestierten wir vor der russischen Botschaft in Berlin. Den weiteren Verlauf des Unrechtsprozesses begleiteten wir mit Protesten und Öffentlichkeitsarbeit und lobbyierten im Hintergrund für Olegs Freilassung.

Foto: Nora Erdmann/GfbV



Die Banyamulenge im Ostkongo

Unser Workshop in Hannover behandelte die Menschenrechtssituation der Banyamulenge im Ostkongo: In Kooperation mit Gakondo e.V. und dem Flüchtlingsrat Niedersachsen diskutierten Medienschaffende und Beratende über Hassrede und Gewalt gegen diese Gruppe in der DR Kongo.



Zum Einladungs-schreiben



Erzwungene Umsiedlung der Maasai

Unser Memo zur Zwangsumsiedlung der Maasai in Tansania machte auf gravierende Menschenrechtsverletzungen aufmerksam: Tausende Indigene wurden gegen ihren Willen aus der Ngorongoro Conservation Area nach Msomera gebracht. Wir forderten unabhängige Untersuchungen und Konsequenzen.



Direkt zum Memo



Lobbyarbeit für tibetische Kinder

Auf Lobbytour mit dem tibetischen Bildungsforscher Dr. Gyal Lo: In Berlin sprach er mit Politiker*innen, Stiftungsmitarbeiter*innen und Beamter*innen des Außenministeriums über Chinas System der Zwangsinternate für tibetische Kinder.



Zum Artikel in der Frankfurter Rundschau



Die türkische „Operation Olivenzweig“ – eine völkerrechtliche Analyse

Der Jurist Kendal Moussa stellte seine völkerrechtliche Analyse zur türkischen „Operation Olivenzweig“ vor, die er in unserem Auftrag erstellt hatte. Die Hausveranstaltung wurde online übertragen.



Zur Zoom-Aufzeichnung
Kenncode: xE1M.8x8



Ausstellung und Podium über die Hazara

Unsere Podiumsdiskussion in Karlsruhe über die prekäre Lage der Hazara in Afghanistan organisierten wir gemeinsam mit dem Kulturamt Karlsruhe und dem Tollhaus. Dazu zeigten wir unsere mobile Ausstellung mit lebensgroßen Aufstellern und autobiographischen Berichten.



Foto: Myriam Givens/GfbV



Flucht des Dalai Lama vor 65 Jahren

Zum 65. Jahrestag der Flucht des Dalai Lama erinnerten wir an den Volksaufstand von 1959 und die bis heute andauernde Repression in Tibet. Wir nahmen an der Berliner Demonstration „Für Freiheit statt Angst“ teil (Route vom Brandenburger Tor über das Auswärtige Amt zur chinesischen Botschaft) und prangerten Zwangsinternate, erzwungene Assimilation („Xizang“) und die Zerstörung von Klöstern wie Larung Gar an. Wir kritisierten die über 1.000 Festnahmen nach Protesten gegen ein Staudammprojekt in Sichuan im Februar 2024.

Foto: Hanno Schedler/GfbV



Zu unserem Instagram-Beitrag



Zum Side Event beim UN-Menschenrechtsrat



Side Event beim UN-Menschenrechtsrat

Unserer Side Event bei der 58. Sitzung des UN-Menschenrechtsrats in Genf hatte chinesische Menschenrechtsverletzungen in Tibet zum Thema. Expert*innen berichteten über systematische Repressionen und forderten ein verstärktes internationales Handeln.



Direkt zum Appell



Demokratisierung in Bosnien-Herzegowina

Mit einem Appell drängten wir EU-Institutionen, die Beitrittsverhandlungen mit Bosnien und Herzegowina zu eröffnen. Wir forderten eine Verfassungsreform, die Umsetzung der EGMR-Urteile (u. a. Sejdić-Finci) gegen ethnische Diskriminierung und die echte Teilhabe aller Bürger*innen.



2026
SPORT & SPIELE

Unser Bildkalender 2026 ist da! SPORT & SPIELE

Jetzt bestellen!



05 2026

MAI

Mo Di Mi Do Fr Sa So
04 05 06 07 08 09 10 11 12
13 14 15 16 17 18 19 20 21 22 23 24 25 26
27 28 29 30 31

PURÉPECHA
Mexiko

„Die Menschen in Mexiko sind sehr stark. Das Menschenrecht ist eine Werte des Bevölkerung.“

Gesellschaft für
bedrohte Völker



07 2026

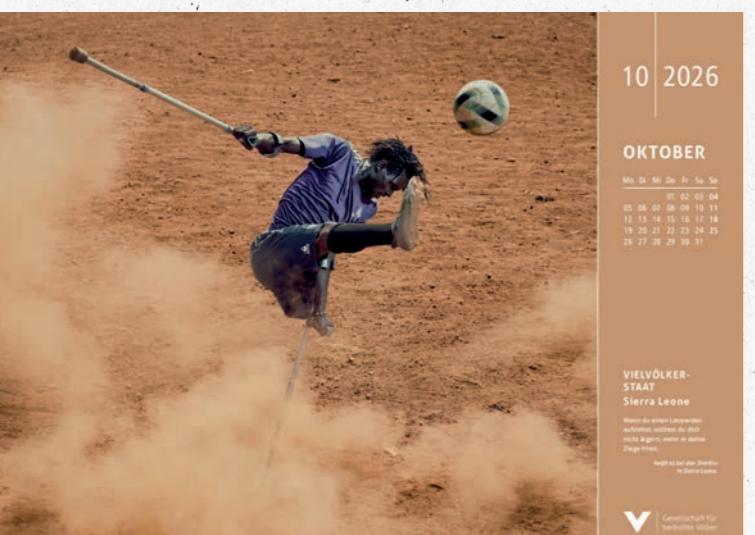
JULI

Mo Di Mi Do Fr Sa So
04 05 06 07 08 09 10 11 12
13 14 15 16 17 18 19 20 21 22 23 24 25 26
27 28 29 30 31

XAVANTE
Brasilien

„Die Kultur der Xavante erhalten viele Protagonisten, welche die Kultur und das Leben spüren. Das Leben spielt mit und die Kultur ist ein Teil davon.“

Gesellschaft für
bedrohte Völker



10 2026

OKTOBER

Mo Di Mi Do Fr Sa So
01 02 03 04
05 06 07 08 09 10 11
12 13 14 15 16 17 18
19 20 21 22 23 24 25
26 27 28 29 30 31

VIÖLKERT-
STAAT
Sierra Leone

„Wir erinnern daran, dass sich nicht alle jungen Männer in Sierra Leone für den Dienst melden.“

Gesellschaft für
bedrohte Völker

WEIL
JEDER TAG
ZÄHLT!
WELTWEIT • DIESER KALENDER STÄLT MENSCHENRECHTE, WELTWEIT!



Leipziger Buchmesse

Im Rahmen des Programms „Leipzig liest“ bei der Leipziger Buchmesse organisierten wir eine Lesung der krimtatarisch-ukrainischen Autorin Elnara Letova, die im Exil lebt. Neben ihren persönlichen Prosatexten sprachen wir mit ihr über Erinnerung, Identität, Deportation und Gegenwart.

Foto: Elena Dellmuth/GfbV



Menschenrechtslage auf der Krim

Beim „Imshäuser Gespräch“ thematisierten wir die Menschenrechtslage auf der Krim, insbesondere die der Krimtatar*innen: Der multimediale Vortrag mit Elvis Colpooh und Sarah Reinke beleuchtete die bedrückende Situation dieses Indigenen Volkes zehn Jahre nach Beginn der Besatzung.



Indigenes Protestcamp in Brasilien

Wir begleiteten das Acampamento Terra Livre (ATL) in Brasília, bei dem über 7.000 Indigene aus ganz Brasilien für Landmarkierung, Klimarechtigkeit und verfassungsmäßige Rechte protestierten – und so die Dringlichkeit ihres Kampfes weltweit verdeutlichten.



Zur Adam-von-Trott-
Stiftung



Workshop in Namibia

Wir veranstalteten gemeinsam mit der Nama Traditional Leaders Association einen Workshop in !NamiǂNûs/Lüderitz. Führende Nama diskutierten die Chancen und Risiken der geplanten Wasserstoffproduktion auf ihrem Land – besonders im Hinblick auf den Gedenkort Shark Island.



Zum Artikel auf
entwicklungs politik
online



Entschädigung für Vergiftungsoptfer im Kosovo

In einem Appell an UN-Generalsekretär Guterres forderten wir Gerechtigkeit für bleivergiftete Rom*nja, Aschkali und Kosovo-Ägypter*innen im Kosovo. Sie waren nach dem Krieg in UN-Lagern auf kontaminiertem Boden untergebracht. Die UN entzieht sich ihrer Verantwortung.



Direkt zum Appell



Gedenken an den Völkermord

Beim nationalen Gedenktag in Namibia beteiligten wir uns an der Zeremonie in den Parlamentsgärten von Windhoek: Wir gedachten der Opfer des deutschen Kolonialverbrechens, hörten Nachfahren zu und unterstützten Forderungen nach Reparationen und würdiger Erinnerung.

Foto: Michaela Böttcher/GfbV





Neuer Report „Ein Jahr Krieg im Sudan“

Unser Report „Ein Jahr Krieg im Sudan“ dokumentierte Massaker an den Masalit, gezielte Vertreibungen und sexualisierte Gewalt. Er zeigte die Zerstörung ziviler Infrastruktur und die Auswirkungen der humanitären Blockaden. Wir forderten Sanktionen und internationale Strafverfolgung.



[Direkt zum Report](#)



Appell an die UN

Gemeinsam mit Partner-NGOs appellierte wir an die UN-Mitgliedstaaten, der Resolution zum Srebrenica-Genozid zuzustimmen: Sie soll die Leugnung ächten, den 11. Juli als Gedenktag festschreiben und Überlebende durch Aufklärung und Schutzmaßnahmen stärken.



[Zum Artikel in der jungle world](#)



Gedenken an entführte Bischöfe von Aleppo

Bei einer Online-Veranstaltung über christliche Minderheiten in Syrien und der Türkei gedachten wir der in Aleppo entführten Erzbischöfe Mor Gregorius Yohanna Ibrahim und Boulos Yazigi. Wir erinnerten an ihr Wirken als Vermittler und Friedensbotschafter.



[Zur Zoom-Aufzeichnung
Kenncode: A%*4OMGJ](#)



BASF-Hauptversammlung

Vor der BASF-Hauptversammlung mobilisierten wir gemeinsam mit dem Weltkongress der Uiguren und den Kritischen Aktionär*innen Protest. Wir forderten den neuen Vorstandsvorsitzenden auf, öffentlich zu erklären, wie künftig uigurische Zwangsarbeit in BASF-Lieferketten ausgeschlossen werden soll.



Foto: Hanno Schedler/GfbV



Yezidian Voices im Lumière

Bei der Kinopremiere von „Yezidian Voices – Our Sun Never Sets“ im Lumière in Göttingen machten wir die Stimmen von Überlebenden des IS-Genozids hörbar. In Kooperation mit dem Museum Friedland führten wir anschließend eine Diskussion mit Talea Rullkötter und Leyla Ferman.

Foto: Hanno Schedler/GfbV



China-Reise des Bundeskanzlers

Bei einer Pressekonferenz zum China-Besuch von Kanzler Scholz warneten wir vor der Missachtung von Menschenrechten. Gemeinsam mit Partner*innen forderten wir, dass er nicht nur Wirtschaftsinteressen verfolgen darf, sondern auch zu Tibet, Ostturkestan und Hongkong Stellung bezieht.



[Zum Artikel in der Südwes Presse](#)



Demo vor dem Auswärtigen Amt

Vor dem Auswärtigen Amt organisierten wir eine Kundgebung zum Krieg im Sudan. Wir übergaben über 1.500 Petitionspostkarten an Außenministerin Baerbock, forderten entmilitarisierte Zonen, sichere Hilfe, Sanktionen und die Strafverfolgung der Verantwortlichen.



Foto: Stefanie Grolig/GfbV



Ilham Alijew zum Staatsbesuch in Berlin

Mit einer Protestaktion und Pressekonferenz begleiteten wir den Besuch von Aserbaidschans Präsident Alijew in Berlin. Wir forderten Kanzler Scholz auf, Hinweise auf Völkermord anzusprechen, die Rückkehr der 120.000 Vertriebenen aus Bergkarabach und die Freilassung politischer Gefangener zu fordern. Wir erinnerten an Deutschlands Pflicht als Vertragsstaat der Völkermordkonvention. Ex-IStGH-Chefankläger Luis Moreno-Ocampo bekräftigte dies während unserer Pressekonferenz und kritisierte Rohstoffdeals am Rande des Petersberger Klimadialogs.

Foto: Johanna Fischotter/GfbV



[Zur Presse-Einladung](#)



Türkei-Reise des Bundespräsidenten

Anlässlich seiner Türkei-Reise appellierte wir an Bundespräsident Steinmeier, die Entführung der Aleppo-Bischöfe zu thematisieren, die Freilassung von Selahattin Demirtaş gemäß EGMR-Urteil einzufordern und türkische Drohnenangriffe auf Nordsyrien zu verurteilen.



[Direkt zum Appell](#)





Krimtatarisches Frühlingsfest Hidirles

Wir unterstützten das neu gegründete krimtatarische Kulturzentrum „Kermen“, das zum Frühlingsfest Hidirles vor dem Weimarer Stadtschloss einlud. Dort ließ sich die krimtatarische Kultur in Form von Liedern, Speisen und dem gemeinsamen Tanz „Choran“ erleben.



Zum Artikel in der Thüringer Allgemeinen



In China verschleppter Panchen Lama

Wir forderten Außenministerin Baerbock auf, im UN-Menschenrechtsrat Aufklärung über das Schicksal des 1995 im Alter von sechs Jahren verschleppten Panchen Lama Gedhun Choekyi Nyima zu verlangen. Der von Peking installierte Panchen Lama wird in Tibet nicht anerkannt.



Zum Beitrag von Radio Lora



Denis Bećirović zu Gast beim Bundespräsidenten

Den Besuch des Mitglieds des bosnischen Staatspräsidiums Denis Bećirović bei Bundespräsident Steinmeier begleiteten wir mit einer Mahnwache vor Schloss Bellevue. Wir warnten vor Sezessionsdrohungen aus der Republika Srpska, erinnerten an Dayton und forderten, Bosnien-Herzegowinas Souveränität und territoriale Integrität entschlossen zu sichern. Zugleich drängten wir auf Fortschritte beim EU-Kurs, die Rücknahme verfassungswidriger Entitätsgesetze sowie eine klare Unterstützung für unabhängige Institutionen und die Zivilgesellschaft.

Foto: bundespraesident.de



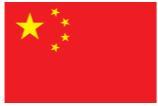
GPS-Erfassung von Asháninka-Gebieten

Wir entsandten ein Team von Vermessungstechniker*innen und indigenen Vertreter*innen, um GPS-Koordinaten der Asháninka-Gemeinschaften Sawawo und Dulce Glória in Peru zu sammeln. Die Grenzen sind nun offiziell gültig. Das Projekt wurde durch die Hering-Stiftung „Natur und Mensch“ gefördert.

Foto: Eliane Fernandes/GfbV



Zum Youtube-Kanal der Deutschen Welle



25 Jahre Falun-Gong-Verbot

Zum 25. Jahrestag des Verbots von Falun Gong kritisierten wir die anhaltende Verfolgung in China: willkürliche Festnahmen, Haft in Umerziehungslagern, Folter und Berichte über Organraub. Wir forderten Bundesregierung und EU zu klaren Konsequenzen auf.



Zum Beitrag im Deutschlandfunk



Rom*nja in der Ukraine

Mit einer Ausstellung, Podium und Filmabend setzten wir in Berlin die Reihe „Roma in der Ukraine“ um. Gemeinsam mit Partner*innen erzeugten wir Sichtbarkeit für Kriegserfahrungen und zivilgesellschaftliches Engagement der Rom*nja und stärkten Vernetzung und Öffentlichkeit.



Zu unserem Instagram-Beitrag



UN-Resolution zum Srebrenica-Gedenktag

Nach harnäckiger, langjähriger Lobbyarbeit erreichten wir gemeinsam mit anderen die Verabschiedung der Srebrenica-Resolution durch die UN-Generalversammlung. Wir hatten zuletzt im April in dieser Sache an die UN-Mitgliedsstaaten appelliert.



Zum Artikel bei N1 Info



Inhaftierte Bahá'í im Jemen

In einem Appell verurteilten wir die Verfolgung der Bahá'í im Jemen: Die Huthi-Miliz hatte am 25. Mai 2023 eine friedliche Versammlung gestürmt, mindestens 17 Menschen festgenommen. Fünf waren ohne Anklage seit mehr als einem Jahr verschwunden. Wir forderten ihre Freilassung.



Zur Pressemitteilung



Krieg im Sudan

Von Außenministerin Baerbock forderten wir in einem Appell sichere Fluchtrouten aus dem Sudan, die Aushandlung eines landesweiten Waffenstillstands und ungehinderten humanitären Zugang. Zugleich drängten wir auf Schutz für besonders gefährdete Minderheiten.



Zum Artikel von Africa live

Mein Vermächtnis für Vielfalt und Menschenrechte

Kennen Sie schon unseren Vorsorgeordner?

Gerade in unsicheren Zeiten denken vielleicht auch Sie häufig über die Zukunft nach – die der Welt und Ihre eigene. Solche Gedanken sind ein guter Anlass, um bewusst und aktiv zu entscheiden, wie Sie Ihre Zukunft gestalten und was Sie der Welt hinterlassen möchten.

Deshalb haben wir den Ordner „Mein Vermächtnis für Vielfalt und Menschenrechte“ entwickelt. Er soll Sie auf Ihrem persönlichen Weg begleiten: als ein Ort, an dem Sie wichtige Informationen für Ihre Liebsten sammeln, als ein Berater, der Ihnen praktische Hinweise für die Gestaltung Ihres Vermächtnisses bietet, und als eine Erinnerung an die wunderbare und fragile Vielfalt unserer Welt.

Gerne senden wir Ihnen regelmäßig Wissenswertes über ethnische und religiöse Minderheiten, Indigene Völker und auch Konfliktregionen zu, in denen schutzlose Menschen oft abseits der Medienöffentlichkeit bedroht sind. Sie können bis zu vier Interessensgebiete auswählen, zu denen Sie informiert werden möchten.

Den Ordner „Mein Vermächtnis für Vielfalt und Menschenrechte“ können Sie online, oder direkt bei mir, vollkommen kostenlos bestellen. Sprechen Sie mich auch gerne an, wenn Sie Fragen haben!



S. Baysal

Serdar Baysal

Ihr persönlicher Ansprechpartner

Telefon: 0551 499 06 29

E-Mail: s.baysal@gfbv.de

Zu folgenden Interessensgebiete können wir Sie informieren:

+++ Indigene Völker weltweit +++ Europa und Russland +++

+++ Naher Osten und Asien +++ Afrika und Amerika +++



Ein Begleiter für Ihr Vermächtnis

Dieser Ordner ist Ihr persönlicher Begleiter rund um das Thema Vorsorge. Er hilft Ihnen dabei, wichtige Informationen zu strukturieren, Entscheidungen festzuhalten und alles Wichtige an einem Ort zu sammeln – für Sie selbst und für Ihre Angehörigen.

Die nächsten Seiten bieten Ihnen Platz, um Ihre wichtigsten persönlichen und juristischen Kontakte einzutragen – von nahestehenden Personen bis hin zu Ihrem Notar. Auch Zugangsdaten und Passwörter können Sie hier notieren und finden Raum, um Ihre Wünsche für Ihre Besetzung festzuhalten.

Basierend auf Ihren Wünschen senden wir Ihnen regelmäßig Informationen, die zu Ihren Interessen passen. So erfahren Sie mehr über die Vielfalt unserer Welt, die wir gemeinsam für die Zukunft erhalten möchten. In diesem Ordner haben wir für Sie Informationen darüber zusammengestellt, wie Sie Ihr Vermächtnis in die Weltreise können. Näheres zu unserer Menschenrechtsarbeit finden Sie hier ebenfalls.

Der Ordner reicht mit Ihren Gedankenfüllungen. Fügen Sie einfach weitere Dokumente oder Notizen hinzu – immer es für Sie sinnvoll ist. Wenn Sie Ihre Wünsche formulieren, schaffen Sie Klarheit, Sicherheit und für Ihre Liebsten.

Der Ordner reicht mit Ihren Gedankenfüllungen. Fügen Sie einfach weitere Dokumente oder Notizen hinzu – immer es für Sie sinnvoll ist. Wenn Sie Ihre Wünsche formulieren, schaffen Sie Klarheit, Sicherheit und für Ihre Liebsten.



Volkswagen-Hauptversammlung

Anlässlich der Volkswagen-Hauptversammlung protestierten wir in Wolfsburg. Wir forderten wir gemeinsam mit den Kritischen Aktionären und Aktionären und dem Weltkongress der Uiguren eine lückenlose Aufklärung über uigurische Zwangsarbeit in den Lieferketten des Konzerns. Wir hatten das Unternehmen über Jahre immer wieder an seine Verantwortung für die Einhaltung der Menschenrechte der Uiguren und anderer Turkvölker im Nordwesten Chinas erinnert. Ende 2024 veräußerte VW seine Standorte dort und verließ die Region.

Foto: Hanno Schedler/GfbV



35. Jahrestag des Tiananmen-Massakers

Bei der Konferenz von Sino Euro Voices hielten wir einen Vortrag, ordneten das Tiananmen-Massaker ein und forderten Aufarbeitung und Schutz von Exil-Stimmen. Wir kritisierten die Zensur der Kommunistischen Partei und das neuerliche Gedenkverbot in Hongkong.



Schuldnechtschaft der Dalit in Indien

Dr. Kiran Kamal Prasad hielt einen Vortrag über Schuldnechtschaft in Indien. Er berichtete über sein Projekt Jeevika, das Dalits aus verschiedenen Formen der Zwangsarbeit befreit und für die Betroffenen kämpft. Die Hausveranstaltung wurde online übertragen.



Zum Artikel des Weltkongresses der Uiguren



Zum Artikel der Tagesschau



Zur Zoom-Aufzeichnung
Kenncode: C+J76L=



Fachtag im Stadtmuseum Göttingen

Im Rahmen des Projekts „Gemeinsam dekolonialisieren“ diskutierten wir im Stadtmuseum Göttingen mit dem Museumsteam, Initiativen und Diaspora über Sprache, Sammlungspraxis und Repräsentation. Gemeinsam wurde ein Maßnahmenplan für partizipative Erinnerung erarbeitet.



Zu unserem Instagram-Beitrag



Reise zu den Asháninka in Acre

Der Asháninka und Aktivist Benki Piyāko ist ein guter Freund, mit dem wir seit vielen Jahren vertrauensvoll zusammenarbeiten. Er bekommt immer wieder glaubhafte Todesdrohungen, weshalb wir ihn regelmäßig besuchen und begleiten.

Foto: Eliane Fernandes/GfbV



Die „Bana Group for Peace and Development“

Seit 2024 kooperieren wir mit der Bana Group for Peace and Development, einer von sudanesischen Frauen getragenen Initiative. Gemeinsam organisierten wir Workshops zu Schutz, Versorgung und politischer Teilhabe, vernetzten Aktivistinnen und trugen ihre Forderungen in die Politik.



NKS-Verfahren TÜV Süd

Unser Follow-up zum Maßnahmenkatalog zur Stärkung der Rechte Indigener Völker in den Due Diligence-Richtlinien von TÜV Süd zeigte: Viele der Maßnahmen, die wir im Vorjahr gefordert hatten, sind umgesetzt. Für noch fehlende Maßnahmen haben wir praktische Vorschläge gemacht.



Bundeswirtschaftsminister in China

Zum China-Besuch des Bundeswirtschaftsministers forderten wir, gegen die Menschenrechtsverletzungen der Kommunistischen Partei Chinas klar Position zu beziehen. Deutschlands Außenpolitik darf nicht allein von Unternehmensinteressen bestimmt sein!



Oglala Commemoration Day

Der Oglala Commemoration Day erinnert an die Schießerei von 1975 im Pine Ridge-Reservat, bei dem zwei FBI-Agenten und ein Aktivist starben. Wir bekräftigten unsere Forderung nach Freilassung von Leonard Peltier, der deshalb seit 1977 aufgrund dubioser Beweise in Haft saß.



Zum Artikel der Deutschen Wirtschaftsnachrichten



Zur Pressemitteilung



Illegale Waldrodungen in Paraguay

Wir warnten eindringlich vor illegalen Waldrodungen im Gran Chaco: In der paraguayischen Region Faro Moro waren die Siedlungsgebiete der Ayoreo bedroht, darunter unkontaktierte Gruppen. Wir unterstützten ihren Ruf nach einem Rodungsstopp und Sanktionen.



„Wolfsgruß“ eines türkischen Nationalspielers

Als ein türkischer Nationalspieler bei der Fußball Europameisterschaft den „Wolfsgruß“ zeigte machten wir mit Statements und Interviews auf die Gefahr der rechtsextremen „Grauen Wölfe“ aufmerksam. Wir forderten von der UEFA Stadionverbote und konsequente Sanktionen gegen diese extremistische Geste und mahnten die Bundesregierung, das Zeichen zu untersagen und Sicherheitskonzepte zu schärfen. Unsere Kritik wurde breit in Presse und sozialen Medien aufgegriffen und trug dazu bei, das Thema weit über den Fußball hinaus politisch sichtbar zu machen.

Foto: Screenshot ARD vom 4. Juli 2024



Postkolonialer Stadtrundgang in Göttingen

Beim postkolonialen Stadtrundgang durch Göttingen wurden koloniale Spuren im öffentlichen Raum sichtbar: Wir erinnerten an Biografien von Opfern und Akteur*innen, diskutierten Umbenennungen, Restitution und Beteiligung und stärkten lokale Allianzen.



Zur Projektseite



Saida Mohamed Hussein Ibrahim zu Gast in Göttingen

Mit Saida Mohamed Hussein Ibrahim von der Bana Group begrüßten wir eine renommierte Partnerin aus dem Sudan in Göttingen: Sie schilderte sexualisierte Kriegsgewalt, Vertreibungen und den Kollaps der Versorgung. Dazu betrieben wir Vernetzungsarbeit mit weiteren Unterstützer*innen.

Foto: Stefanie Grolig/GfbV





Kurdische Universitäten in Nordsyrien

In einem Appell an Bundesbildungsministerin Stark-Watzinger und Kulturstaatsministerin Roth verlangten wir Unterstützung für kurdische Hochschulen in Nordsyrien. Nach der Zerstörung der Uni Afrîn flohen Lehrende nach Rojava; türkische Drohnenangriffe bedrohten sie dort weiter.



Zur Pressemitteilung



Gefangenenaustausch Oleg Orlov

Auch dank unserer beharrlichen Arbeit gelangte Oleg Orlov nach Deutschland: Im Rahmen des größten Gefangenenaustausches seit dem Kalten Krieg kam er frei. Während wir uns darüber freuten, forderten wir Freiheit für alle politischen Gefangenen.



Zu unserem Kommentar



Gedenkveranstaltung zum Gatumba-Massaker

Mit einer Gedenkveranstaltung in Hannover erinnerten wir an das Massaker von Gatumba, bei dem über 150 Angehörige der Banyamulenge in einem UN-Flüchtlingslager ermordet wurden. Wir fordern Gerechtigkeit und politische Unterstützung für die Opfer - auch von der Bundespolitik.



Zum Artikel in der taz



Hilferuf russischer Indigener

Gemeinsam mit über 100 NGOs unterstützten wir den Hilferuf russischer Indigener an UN-Generalsekretär Guterres: Russland hatte 55 indigene Organisationen als „extremistisch“ eingestuft. Wir forderten Schutz, Aufklärung und eine UN-Sonderprüfung.



Direkt zum Appell



10. Jahrestag des Völkermordes an den Yezid*innen

Zum 10. Jahrestag des Genozids an den Yezid*innen forderten wir Innenministerin Faeser auf, 5.000 bis 10.000 in Deutschland geduldete Angehörige dieser religiösen Minderheit dauerhaft zu schützen. Abschiebungen in den Irak würden sie unzumutbar gefährden.



Zum Artikel auf evangelisch.de



Treffen mit Sikyong Penpa Tsering

Während seiner Europareise trafen wir Sikyong Penpa Tsering, den Vorsitzenden der tibetischen Exilregierung, in Berlin. Er berichtete über die tibetischen Proteste im Bezirk Derge und deren mögliche Auswirkungen auf die Meinungsfreiheit.



Zu unserem Blog-Artikel



Waldbrände in Bolivien

Angesichts der verheerenden Waldbrände in der Chiquitanía warnten zum Tag des Amazonas vor Folgen der Feuer für indigene Territorien, insbesondere die Schutzgebiete Bajo Paragua und Noel Kempff Mercado. Wir forderten Soforthilfe für Chiquitanos, Ayoreos, Guarayos und Monkoxi, ein Ende brandgetriebener Agrar-Expansion sowie wirksame Kontrollen entlang internationaler Soja- und Rindfleisch-Lieferketten. Zudem drängten wir auf Mittel für Wiederaufforstung und Brandschutz und verlangten transparente Feuerstatistiken.

Foto: Nardy Velasco



Appell an die Mitglieder des Bundestags

Gemeinsam mit verbündeten Organisationen forderten wir Konsequenzen aus Aserbaidschans Angriff auf Arzach: die Anerkennung der Hungerblockade als Genozid, ein Rückkehrrecht für die Vertriebenen, die Freilassung aller Gefangenen und den Schutz des kulturellen Erbes.



Direkt zum Appell



Vortrag an der Führungsakademie der Bundeswehr

Beim „Lehrgang General-/Admiralstabsdienst International“ (LGAI) für Führungskräfte der Bundeswehr in Hamburg diskutierten wir „Über 26 Millionen Kurden ohne einen eigenen Staat“ und die Sicherheitsarchitektur im Nahen Osten.



Foto: Matthias Last

FÜR VIELFALT

Zeitschrift für Menschen- und Minderheitenrechte

Unsere hauseigene „Für Vielfalt – Zeitschrift für Menschen- und Minderheitenrechte“ bietet viermal im Jahr spannende Informationen und Hintergrundartikel zur Menschenrechtssituation weltweit. Sie gibt Verfolgten eine Stimme, nennt Täter beim Namen und zeigt Lösungswege auf – fundiert, verständlich, nah an den Betroffenen. Seit ihrer ersten Ausgabe 1970 (damals unter dem Titel „pogrom“) ist sie einzigartig im deutschsprachigen Raum: ein Magazin, das kontinuierlich über ethnische und religiöse Minderheiten, Nationalitäten sowie indigene Völker berichtet.

„Für Vielfalt“ richtet sich an politisch wache Menschen, denen kulturelle Vielfalt und globale Gerechtigkeit wichtig sind. Expert*innen kommen ebenso zu Wort wie direkt Betroffene. Jede Ausgabe widmet sich einem Schwerpunktthema, ergänzt durch Analysen, Interviews und Reportagen.

Testen Sie uns mit einem GRATISexemplar oder abonnieren Sie unsere Zeitschrift unter

www.gfbv.de.



Konzert von Mitch Walking Elk

Mit einem Konzert von Mitch Walking Elk brachten wir indigene Perspektiven auf die Bühne: Der Cheyenne-Arapaho war schon häufiger als Singer-Songwriter bei uns zu Gast. Bei seinem Konzert „Native American Blues“ spielte der indigene Aktivist protestlieder und erzählte Geschichten aus der Community. Anschließend diskutierten wir mit dem Publikum und Mitch über Fragen der kulturellen Selbstbestimmung und Versöhnung unter schwierigen Bedingungen. Mitch Walking Elk ist Träger des Native American Music Award.

Foto: Stefanie Grolig/GfbV



Besuch beim koptischen Bischof in Höxter

Wir besuchten unseren langjährigen Freund Anba Damian, den Bischof der koptischen Kirche in Deutschland. In seiner Kirche in Höxter sprachen wir über die Lage der Kopt*innen und anderer Minderheiten in Ägypten.

Foto: Sarah Neumeyer/GfbV



Internationale Jugendbegegnung

Jugendliche aus aller Herren Länder waren in unserem Bundesbüro zu Gast. Sie lernten unsere Menschenrechtsarbeit hautnah kennen, diskutierten in Workshops und informierten, inspirierten und vernetzten sich untereinander.

Foto: Johanna Fischotter/GfbV



Zu unserem Instagram-Beitrag



UN-Menschenrechtsrat in Genf

Der Bana Group öffneten wir die Tür zur internationalen Politik: Die sudanesische Aktivistin Mai Shatta nahm an unserem Side Event beim UN-Menschenrechtsrat teil und traf hochrangiges UN-Personal. Bana-Leiterin Ekram Hamza gab ein Oral Statement ab.

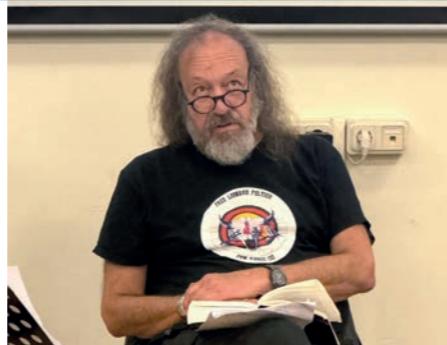
Foto: Sarah Reinke/GfbV



Lesung von Michael Koch in Göttingen

Der Autor Michael Koch las in unserem Haus aus seinem Buch „Leonard Peltier – Ein Leben für die Freiheit“. Anlass war der 80. Geburtstag des indigenen Aktivisten. Koch setzt sich wie wir seit Jahrzehnten für dessen Freilassung ein.

Foto: Daniel Matt/GfbV



Armenische Gefangene in Aserbaidschan

Gemeinsam mit anderen Organisationen forderten wir den Bundespräsidenten auf, sich für die Freilassung armenischer Gefangener aus Bergkarabach/Arzach einzusetzen. Die Regierung Armeniens die 23 Inhaftierten mehr oder weniger aufgegeben zu haben.



Zur Pressemitteilung



Nachruf auf Dr. Dr. med. Rassoul Faki

Wir nahmen Abschied von unserem Ehrenmitglied Dr. Dr. med. Rassoul Faki (*1949). Der kurdische Arzt war lange Jahre ehrenamtlicher Koordinator unserer humanitären Hilfe in Nordsyrien. Nach Kriegsbeginn engagierte er sich auch für die Ukraine.

Foto: Kamal Sido/GfbV



Appell zur Begnadigung von Leonard Peltier

Erneut riefen wir den Bundeskanzler auf, sich bei Joe Biden für die Begnadigung von Leonard Peltier einzusetzen. Der Gesundheitszustand des indigenen Aktivisten verschlechterte sich rapide und eine adäquate medizinische Behandlung war im Hochsicherheitsgefängnis nicht möglich.



Zum Artikel in der
Jungen Welt



Emir von Katar zu Gast in Berlin

Anlässlich des Berlin-Besuchs des Emirs von Katar appellierte ich an Bundespräsident Steinmeier und Bundeskanzler Scholz, Menschen- und Minderheitenrechte anzusprechen: Das Emirat unterstützt islamistische Gruppen, diskriminiert Frauen und erlaubt keine Glaubensfreiheit.



Direkt zum Appell



Verhandlungen über UN-Konvention

Eine künftige UN-Konvention gegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit braucht einen starken, opferzentrierten Vertrag: Wir drängen auf klare Zuständigkeiten, Schutz vor Straflosigkeit und die ausdrückliche Erfassung geschlechtsspezifischer Verbrechen.



Zur Pressemitteilung



Anschlag auf Drohnenfabrik in Ankara

Nach dem Anschlag auf eine türkische Drohnenfabrik verurteilten wir die Gewalt, mahnten den Schutz der Zivilbevölkerung und die Einhaltung des humanitären Völkerrechts an. Zugleich forderten wir unabhängige Aufklärung und warnten vor weiterer Eskalation.



Zu unserem
Instagram-Beitrag



Equator-Preis des Entwicklungsprogramms

Wir unterstützten die erfolgreiche Bewerbung der Organisation UNIVAJA um den Equator-Preis des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen. Die Auszeichnung würdigt die Arbeit zum Schutz der Umwelt und der Indigenen Völker im Javari-Tal.



Zum UN-Entwicklungsprogramm



Empowerment für junge Alevitinnen und Yezidinnen

Unser Empowerment-Workshop stärkte junge Alevitinnen und Yezidinnen: Wir vermittelten Kenntnisse zu Rechten und Schutz vor Gewalt, boten psychosoziale Unterstützung und vernetzten Aktive. So förderten wir Selbstvertretung, Sicherheit und Teilhabe im Alltag.



Zur Projektseite



COP29 in Aserbaidschan

Zur COP29 in Baku warnten wir vor einer Charmeoffensive Aserbaidschans. Das autokratische Regime unterdrückt die Zivilgesellschaft, es gibt Berichte über Folter und im weltweiten Korruptionsindex rangiert das Land auf Platz 154 von 180.



Zum Artikel im
Armenian Mirror



Der „Kovačević-Fall“ vor dem EGMR

Der Hohe Repräsentant für Bosnien und Herzegowina mischte sich ungebührlich in EGMR-Verhandlungen zum bosnischen Wahlrecht ein. Wir kritisierten sein Auftreten, das serbischen und kroatischen Ethno-Nationalisten das Wort redete.



Zum Artikel von
Slobodna Bosna

NEWS

aktuell & direkt
ins Postfach!

Jetzt für den GfbV-Newsletter anmelden!



Mit unserem kostenlosen Newsletter sind Sie immer ganz nah dran an der Arbeit der Gesellschaft für bedrohte Völker. Regelmäßig berichten wir aktuell und unmittelbar über die Situation von Minderheiten, indigenen Gemeinschaften und verfolgten Gruppen weltweit. Sie erfahren von Menschenrechtsverletzungen, Ereignissen und Hintergründen, die in den Nachrichten oft fehlen. Sie lesen persönliche Geschichten, die berühren und zum Handeln motivieren.

Wir informieren über unsere laufenden Kampagnen, veröffentlichen Aufrufe zu Eil-Aktionen und Petitionen. Sie erhalten Einblicke hinter die Kulissen unserer Menschenrechtsarbeit und können direkt aktiv werden. Wir erklären politische Entwicklungen, weisen auf Veranstaltungen und Vorträge hin und berichten von Erfolgen, die wir gemeinsam erreichen konnten.

Hier können Sie den
Newsletter direkt
abonnieren:



So bleiben Sie jederzeit informiert und können gezielt dort aktiv werden, wo Ihre Stimme und Unterstützung dringend gebraucht werden.



Die Asháninka sind ein indigenes Volk, das vor allem im brasilianischen und peruanischen Regenwald lebt. Ihr Lebensraum ist durch Abholzung, illegalen Bergbau und Landraub bedroht. Foto: Eliane Fernandes/GfbV

Liebe Frau Mustermann,

Ich möchte Ihnen in diesem Newsletter Tsonkiri vorstellen. Bis November wird sie uns in ihrem digitalen Tagebuch viel über das Leben der Asháninka erzählen. Auch Sie sind ein Teil dieser Geschichte.



Thinley Chukki ist Gesandte des Dalai Lama und unsere langjährige Partnerin beim Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen in Genf. März 2025 © Hanna Scheiter

Liebe Frau Mustermann,

als der Dalai Lama ein letztes Mal auf die tibetische Hauptstadt Lhasa zurück schaut, betet er, dass er eines Tages zurückkommen wird. Dieser Moment geschah leider bereits vor mehr als 60 Jahren, 66 um genau zu sein. Damals musste er seine Heimat verlassen, um nicht von den chinesischen Besatzern festgenommen werden. Nach zwei Wochen Flucht über den Himalaya erreichte er mit einigen wenigen Getreuen die Grenze zu Indien, wo er seit 1959 lebt.



Oleg Orlov bei uns zu Gast

Im Oktober begrüßten wir bei unserer Jahreshauptversammlung in Göttingen Oleg Orlov, Mitgründer von Memorial und Friedensnobelpreisträger 2022. Er war im August bei einem Gefangenenaustausch aus russischer Haft freigekommen. Oleg trug sich ins Goldene Buch der Stadt ein und hielt eine eindringliche Rede über Kriegsverbrechen, politische Gefangene und die Gefahr einer Beschwigungspolitik gegenüber Putin und seinem Regime. Wir dankten ihm für seinen jahrzehntelangen Einsatz und führten Gespräche über weiteren Schutz für Verfolgte.



Zu Olegs Rede in
deutscher Übersetzung



Foto: Johanna Fischotter/GfbV



Jugendforum Menschenrechtsarbeit

Eine Podiumsdiskussion im Rahmen der JHV thematisierte die Zukunftsperspektiven der Menschenrechtsarbeit. Junge Menschenrechtsaktivist*innen verschiedener Minderheiten stellen ihre eigenen Projekte vor und besprachen neue Ideen und Ansätze in der Menschenrechtsarbeit.



Foto: Johanna Fischotter/GfbV



Lesung von Ronja Othmann

Der Schriftstellerin Ronja Othmann verliehen wir die Ehrenmitgliedschaft in unserem Verein. Am Abend las sie aus ihrem Roman „Vierundfünfzig“ über den Genozid an der yezidischen Bevölkerung im nordirakischen Sinjar.



Zum Interview bei
Instagram



Wolfskinder aus Königsberg

Mit der Veranstaltung „Dem Hungertod entkommen – Kinder aus Königsberg“ im Museum Friedland erinnerten wir an das Schicksal der Wolfskinder im heutigen Litauen: Historiker Dr. Christopher Spatz und die Zeitzeuginnen Renate Bänißch und Ursula Dorn berichteten.

Foto: Jasper von Bodenhausen/GfbV



Unterstützung von Anti-Sklaverei-Aktivist*innen

Mit Kampagnen, Briefings und Vernetzung unterstützten wir Anti-Sklaverei-Aktivist*innen weltweit: Wir machten auf 50 Millionen Menschen in moderner Sklaverei aufmerksam und brachten die Anliegen bedrohter Engagierter in politische Gespräche ein.



Zum Artikel von
Vatican News



Menschenrechte der Hazara

Gemeinsam mit Amnesty International führten wir in Hamburg die Veranstaltung „Stop Human Rights Violations against Hazara People!“ durch. Wir machten die anhaltende systematische Verfolgung dieser Minderheit sichtbar und zeigten unsere mobile Ausstellung.

Foto: Kamal Sido/GfbV



Nachruf auf Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Martin Tamcke

Wir mussten uns von unserem langjährigen Freund Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Martin Tamcke (*1955) verabschieden. Der emeritierte Professor für Ökumenische Theologie und Orientalische Kirchen- und Missionsgeschichte war Ehrenmitglied der GfbV.

Foto: Kamal Sido/GfbV



140 Jahre Berliner Afrika-Konferenz

Zum 140. Jahrestag der Berliner Afrika-Konferenz mahnten wir Aufarbeitung an: Wir forderten Reparationen für Ovaherero und Nama, kritisierten den geplanten Hafen zum Export von grünem Wasserstoff bei Shark Island und begleiteten die dekoloniale Alternativ-Konferenz.

Foto: Laura Mahler/GfbV



Internationaler Tag der Kinderrechte

Wir prangerten die Untätigkeit der Weltgemeinschaft gegenüber dem Schicksal der Rohingya-Kinder in Myanmar und den Lagern in Bangladesch an. Ein UN-Bericht hatte einen starken Anstieg der schweren Gewalt gegen Kinder belegt – vor allem von Tötungen.



Zur Pressemitteilung



Petition zum Schutz des Yasuní

Unsere Petition für den Schutz des Yasuní-Nationalparks und die Rechte der Waorani übergaben wir der Botschaft Equadors in Berlin. Sie behandelte die Folgen der Ölförderung und forderte ein Referendum zur Beendigung der Förderung, Rückbau und Sanierung, Schutz der Territorien in freiwilliger Isolation lebender Gruppen sowie freier, vorheriger und informierter Zustimmung. Umweltschützer*innen brauchen besseren Schutz. Zudem forderten wir ein Moratorium neuer Konzessionen, Schließung von Zufahrtsstraßen und einen Ausstieg aus fossilen Energien.

Foto: Ida Holighaus/GfbV



Direkt zur Petition
(abgelaufen)



Religiöse Minderheiten im Nahen Osten

Mit einem Briefing und Gesprächen im Bundestag warnten wir vor der dramatischen Lage religiöser Minderheiten im Nahen Osten: Christ*innen, Yezid*innen, Bahá'í und viele andere sind Gewalt, Vertreibung und Diskriminierung ausgesetzt. Wir forderten Schutz und Reiseerleichterungen.



Zum Artikel
der Tagesschau



Film-Screening und Vortrag Göttingen

Film-Screening und Vortrag im Stadtlabor Göttingen: Wir beleuchteten den Völkermord an Ovaherero und Nama und den heutigen Umgang damit. Zu Gast war Laidlaw Peringanda vom Swakopmund Genocide Museum. Gezeigt wurde eine Doku von Forensic Architecture.



Unser Interview mit Laidlaw bei Youtube



Menschenrechtspreis der Stadt Weimar

Der serbische Journalist Dinko Gruhonjić bekam den Menschenrechtspreis der Stadt Weimar verliehen. Wir hatten ihn gemeinsam mit Reporter ohne Grenzen und dem Helsinki-Komitee nominiert. Der Preis würdigte seinen Einsatz für Pressefreiheit und die Aufarbeitung von Kriegsverbrechen trotz Hetzkampagnen und Todesdrohungen. Zur Verleihung begleiteten wir ihn mit Medienarbeit, warnten vor Repression in Serbien und forderten Schutz für unabhängige Medien, verlässliche EU-Unterstützung sowie sichere Arbeitsbedingungen für bedrohte Reporter*innen.

Foto: Sarah Neumeyer/GfBV



Projekttage in Celle

Bei Projekttagen an einer Schule in Celle führten wir Workshops zu Menschenrechten durch. Mit dem Modul „Wunschbäume“ aus dem Projekt FERMAN vermittelten wir yezidische Perspektiven, sprachen über Schutz vor Diskriminierung und entwickelten Ideen für Schulaktionen.



Zum Youtube-Kanal der SnG



Nach dem Sturz des syrischen Langzeitdiktators

Nach dem Sturz von Baschar al-Assad durch islamistische Milizen setzten wir uns gegen Abschiebungen ein: Wir warnten vor Zwangsrückkehr, forderten Schutz für Oppositionelle und Minderheiten sowie klare Kriterien für freiwillige, sichere Rückkehr.

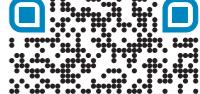


Zum Artikel der Tagesschau



10 Jahre Besetzung der Krim

Unser Memo „Zehn Jahre Besetzung und die systematische Verfolgung der Krimtatar*innen im Jahr 2024“ dokumentierte umfangreiche Repressionen: Verbot des Krimtataren-Mejlis, politische Gefangene, Folter, Zwangspässe und Rekrutierung. Wir forderten Schutz, Sanktionen und Freilassungen.

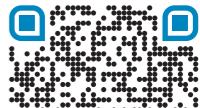


Direkt zum Memo



Jahrbuch Religionsfreiheit 2024

Im Jahrbuch „Religionsfreiheit 2024“ beschrieben wir die Verfolgung und Diskriminierung von Christ*innen in Afrin und arbeiteten an weiteren Texten mit. Wir nahmen auch an der Vorstellung des Jahrbuches in Berlin teil.



Direkt zum Jahrbuch



Jobmesse der Uni Göttingen

Bei der Jobmesse der Uni Göttingen hielten wir einen Vortrag über Einstiege in die Menschenrechtsarbeit. Wir erklärten Wege über Ehrenamt und Praktika, sprachen mit interessierten Studierenden über Advocacy, Recherche und Kommunikation.



Zur Veranstaltung der Uni Göttingen



Veranstaltung mit der FDP-Bundestagsfraktion

Auf Einladung der FDP-Bundestagsfraktion wirkten wir an der Veranstaltung „Der Preis der Meinungsfreiheit“ mit: Gemeinsam mit dem krimtatarischen Aktivisten Nariman Dscheljal beleuchteten wir Repressionen gegen Aktivist*innen und Journalist*innen auf der besetzten Krim.



Zur FDP-Bundestagsfraktion



Argentinische Energie-Projekte

Wir kritisierten die Aufhebung des Gesetzes 26.160 durch den argentinischen Präsidenten Milei, die Bergbau, Agrar- und Energieprojekte auf indigenen Territorien erleichtern soll. Wir forderten deren Schutz und freie, vorherige und informierte Zustimmung der Indigenen.



Zum Artikel in der Welt

Die Gesellschaft für bedrohte Völker



Auf den folgenden Seiten finden Sie aktuelle Informationen aus unserem Verein, von seinen Gliederungen und den engagierten Menschen, die sich freiwillig und ehrenamtlich bei der Gesellschaft für bedrohte Völker einbringen.

Foto: Johanna Fischotter/GfbV

Die Gesellschaft für bedrohte Völker

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) ist eine internationale Menschenrechtsorganisation mit einem ganz besonderen Auftrag: 1968 gegründet setzen wir uns seit mehr als 50 Jahren weltweit für verfolgte und unterdrückte ethnische und religiöse Minderheiten, Nationalitäten und Indigene Völker ein. Wir kämpfen gegen Völkermord, Vertreibung und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, für den Schutz der Zivilbevölkerung im Krieg und gegen Vergewaltigung als Kriegswaffe. Wir streiten für die Landrechte indigener Gemeinschaften und gegen den Raubbau in ihrer Heimat.

Permanent recherchieren wir die Lage bedrohter Minderheiten, halten Kontakt zu den Betroffenen, knüpfen Netzwerke, wenden uns an Politikerinnen und Politiker und erinnern sie im persönlichen Gespräch, in Briefen, Appellen und E-Mails immer wieder daran, dass die deutsche Außen- und Wirtschaftspolitik weltweit große Verantwortung trägt. Wir publizieren Menschenrechtsreporte, Dokumentationen und Memoranden, erstellen Gutachten, erbitten Hilfe für Notleidende, organisieren Mahnwachen und informieren ständig die Presse über Menschenrechtsverletzungen. Deren Berichterstattung übt Druck auf politisch Verant-

wortliche aus und ist hilfreich bei unserem zähen Ringen mit Parteien, Regierungen oder Wirtschaftskonzernen für die Einhaltung der Menschenrechte.

Über soziale Medien und auf unserer Homepage, mit Ausstellungen, Vorträgen und in unserer Zeitschrift „Für Vielfalt“ informieren wir die Öffentlichkeit über die Verfolgung und Unterdrückung von Minderheiten. Ihren Repräsentantinnen und Repräsentanten verschaffen wir Gehör vor nationalen, europäischen und internationalen Gremien. Kronzeug*innen von Völkermord und schwersten Menschenrechtsverletzungen ermöglichen wir es, vor den Vereinten Nationen zu sprechen. So gelingt es uns immer wieder zu verhindern, dass Kriegsverbrechen verschwiegen und Menschenrechtsverletzungen verharmlost werden.

Unsere Mitglieder, Spenderinnen und Spender garantieren unsere Unabhängigkeit: Sie finanzieren mit ihren Beiträgen unsere wichtige Menschenrechtsarbeit und tragen so dazu bei, Leben zu retten, Leid zu lindern, Gerechtigkeit durchzusetzen und die Vielfalt unserer Welt zu bewahren. Dafür danken wir herzlich!

Für Menschenrechte. Weltweit.



Gesellschaft für
bedrohte Völker

Freiwilliges Engagement: Ein Fundament unserer Arbeit

Das freiwillige Engagement bildet einen unverzichtbaren Pfeiler unserer Organisation und Menschenrechtsarbeit. Es sind die vielen engagierten Freiwilligen, die es uns ermöglichen, gemeinsam gegen Völkermord, Vertreibung, Diskriminierung und Verfolgung einzutreten, Menschenrechtsverletzungen öffentlich zu machen und die Verantwortlichen klar zu benennen. Ohne ihren Einsatz wären viele unserer Aktivitäten nicht denkbar. Unsere Ehrenamtlichen und Regionalgruppen haben auch im Jahr 2024 mit großem Engagement bestehende Aktivitäten unterstützt, durch eigene Initiativen bereichert und weiterentwickelt.

Zu den Schwerpunkten im Jahr 2024 zählten:

Unser Stand auf der Leipziger Buchmesse: Hier konnten wir zahlreiche Menschen erreichen, spannende Gespräche führen und unsere Arbeit der interessierten Öffentlichkeit vorstellen. Im Rahmen von „Leipzig liest“ veranstalteten wir eine bewegende Lesung mit der krimtatarisch-ukrainischen Autorin Elnara Letova, die aus dem Berliner Exil Texte zu Identität, Verbundenheit, Freiheit und Selbstbehauptung präsentierte.

Thementag „Menschenrechtsarbeit in einer krisengeschüttelten Welt“: Zu diesem besonderen Tag luden wir unsere Mitglieder, Spender*innen und Interessierte ein, um gemeinsam über die Lage indigener Völker, die Situation der Kurd*innen in Nordsyrien und die Herausforderungen für Minderheiten im Ukraine-Krieg zu sprechen. Verschiedene Fachvorträge und angeregte Diskussionen machten deutlich, wie wichtig unser gemeinsames Engagement bleibt.

Bundesregionalgruppentreffen: Im kleineren Kreis standen Austausch, Vernetzung und die Perspektiven unserer Freiwilligenarbeit im Mittelpunkt. Die Berichte aus den Regionalgruppen zeigten eindrucksvoll, wie vielfältig und kreativ das Engagement vor Ort ist – von der Organisation von Infoständen, Filmvorführungen, Vorträgen und Ausstellungen bis hin zu klassischen Straßenaktionen für Menschenrechte.

Das Bundesbüro unterstützt die Arbeit durch die Bereitstellung von Aktions- und Infomaterialien, die alle Interessierten nutzen können. Unsere ausleihbaren mobilen Ausstellungen, wie etwa zu den Hazara oder zu indigenen Aktivist*innen, wurden auch 2024 bundesweit gezeigt und haben viele Menschen berührt und informiert.

Das Engagement der Ehrenamtlichen, Freiwilligen und Regionalgruppen gehört untrennbar zur GfbV. Es trägt maßgeblich dazu bei, Menschenrechtsverletzungen sichtbar zu machen und Öffentlichkeit herzustellen. Wir freuen uns über jede*n, der*die sich uns anschließen möchte – schreiben Sie uns gerne an machmit@gfbv.de!



Aktion der Regionalgruppe Karlsruhe zum Jahrestag des Völkermordes von Srebrenica, Foto: Burghard Gauly

Die Sektion Bosnien und Herzegowina

Die Sektion Bosnien und Herzegowina hat im Jahr 2024 die Arbeit an den Schwerpunkten Unterstützung für überlebende Kriegsopfer und Minderheiten, Stärkung der Position von Frauen in Gesellschaft und Politik sowie Mediations- und Versöhnungsarbeit fortgesetzt. In diesem Zusammenhang haben wir einen Jahresbericht über die Situation der Roma in Bosnien und Herzegowina veröffentlicht, in dem wir auf die noch immer sehr schwierige Lage dieser Minderheit hingewiesen haben.

In Zusammenarbeit mit dem Musik-Informationszentrum in Sarajevo haben wir erste Pläne für die Einleitung eines Musiktherapieprojektes für Frauen entworfen, die Opfer von häuslicher Gewalt geworden sind oder anhaltende Traumabewältigung nach Kriegsvergewaltigungen benötigen.



Belma Zulcic ist die Direktorin der bosnischen Sektion der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) in Sarajevo. Foto: Belma Zulcic/GfbV

Weiterhin haben wir Treffen mit Frauenvereinen im Rahmen des von uns gegründeten Netzwerkes FOKUS organisiert, bei denen wir über Möglichkeiten der Prävention und Bekämpfung der immer häufiger werdenden Femizide in Bosnien und Herzegowina sprachen.

Wir nahmen teil an Aktivitäten der Kennzeichnung des 29. Srebrenica-Gedenktages und forderten eine Beschleunigung der Exhumierung und Identifizierung der Genozid-Opfer sowie die Durchsetzung von juristischen Sanktionen gegen Genozid-Leugner. In mehreren Appellen an die Mitgliedsstaaten des Friedens-Implementierungs-Rates (PIC), die EU und die USA riefen wir zu einem stärkeren Durchgreifen der Internationalen Gemeinschaft gegen Separationsbestrebungen der Führung der Republika Srpska und zur Schwächung des Gesamtstaates auf.

Die Sektion Schweiz

ERFOLGE DER GFBV SCHWEIZ 2024

Ob Lithiumabbau auf indigenem Land, das Freihandelsabkommen mit China oder die Abholzung des Amazonas – Politik und Wirtschaft der Schweiz haben weltweite Auswirkungen auf indigene Gemeinschaften und Minderheiten. Deshalb setzte sich die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) Schweiz auch 2024 dafür ein, dass die Schweiz ihrer Verantwortung gerecht wird und die Stimmen Betroffener gehört werden. Die GfbV Schweiz ist ein eigenständiger Verein mit eigener Finanzierung.

BRASILIEN

Bei einer dreiwöchigen Reise zu ihren Partner*innen im Amazonas führte die GfbV intensive Gespräche und erfuhr, wie bedeutsam die Zusammenarbeit für die lokalen Gemeinschaften ist. Dank der Unterstützung der GfbV konnte die Tupinambá-Gemeinschaft ihren jährlichen Protestanlass „Grito Ancestral“ gegen die Abholzung durchführen. Zudem begannen sie, junge Menschen zu „comunicadores“ auszubilden, um über soziale Medien ihre Lebensrealität und Rechte sichtbar zu machen. Der von der GfbV mitfinanzierte Hauptsitz der Mundurukú ist fast fertiggestellt. Im Yanomami-Dorf Halikato wurden 2024 zehn Workshops zur Kakaoverarbeitung, Setzlingszucht und Korbblecherei organisiert, 3.900 Setzlinge gepflanzt und 112,4 Kilogramm Kakao geerntet.

SCHWEIZ–CHINA

Gemeinsam mit Partnerorganisationen forderte die GfbV, dass beim geplanten Ausbau des Freihandelsabkommens mit China die Menschenrechte klar berücksichtigt werden. Ende Juni übergaben sie dem Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) eine symbolische „Rote Linie“, um an die

menschenrechtliche Verantwortung der Schweiz zu erinnern. Im Juli lenkte ein öffentliches Podium die Aufmerksamkeit auf das Thema, und im September überreichte die GfbV dem Bundesrat und Parlament eine Petition mit rund 14.000 Unterschriften.

ARKTIS

Im Juli begleitete die GfbV Vertreter*innen der Exilorganisation ICIPR zum UNO-Expertenmechanismus für die Rechte Indigener (EMRIP). Dort berichteten indigene Aktivist*innen aus Russland über die zunehmende Repression gegen Menschenrechtsverteidiger*innen.

KLIMAGERECHTIGKEIT

Im März reiste eine GfbV-Delegation nach Chile zu einem Treffen mit Partnern der internationalen SIRGE-Koalition (u.a. Cultural Survival, Batani Foundation, Earthworks). Sie besuchte auch die bedrohte Colla-Gemeinschaft in der Atacama-Wüste, wo eine geplante Lithiummine existenzielle Sorgen auslöst. Im Oktober unterstützte die GfbV in Genf das erste indigene Gipfeltreffen zu Rechten in der grünen Wirtschaft. Über hundert indigene Delegierte erarbeiteten eine Deklaration, die Staaten und Konzerne zur Achtung indigener Selbstbestimmung und zu echter Teilhabe auffordert.

Die Sektion Südtirol

2024 organisierten wir mehrere bedeutende Veranstaltungen zu Menschenrechtsthemen. Am 27. Mai war die guatemaltekische Aktivistin Lolita Chavez bei uns zu Gast. In einer gut besuchten Konferenz im Zentrum Trevi und bei Schulvorträgen sprach sie über Landrechte, Gemeinschaftsfeminismus und den Einsatz indigener Frauen gegen Ausbeutung und Gewalt. Im Herbst folgte unsere zweitägige Tagung zum Demokratischen Konföderalismus am 5. und 12. Oktober in Kooperation mit dem Friedenszentrum Bozen. Beiträge von Kamal Sido, Maria Crippa, Thomas Schmidinger und Rua Fittko beleuchteten die Lage in Nordostsyrien aus politischer, rechtlicher und feministischer Perspektive. Im Fokus standen Selbstverwaltung, Pluralismus und Emanzipation.

Am 22. Oktober setzten wir unsere langjährige Zusammenarbeit mit der Universität Salerno fort: Mauro di Vieste hielt Online-Vorlesungen zu indigenen Rechten, zur globalen Menschenrechtslage und zur Rolle von Menschenrechtsverteidiger*innen – ein Austausch, der seit 2011 besteht.

Am 7. November präsentierten wir gemeinsam mit dem Friedenszentrum Bozen das Buch *Das Licht von Shingal* der Journalistin Sara Lucaroni in der Stadtbibliothek. Es beleuchtet das Schicksal der Jesid*innen nach dem IS-Angriff.

Die neue Ausgabe unserer Zeitschrift *PLURAL* trug den Titel: „Umwelt- und soziale Schäden – Rohstoffe und ihr Abbau“. Die Sonderausgabe behandelte Konflikte um Ressourcen in verschiedenen Weltregionen und wurde im Rahmen des Anthropologieunterrichts an der Universität Salerno verwendet.

Beim Kurdistan-Filmfestival am 3. und 5. Dezember zeigten wir vier Spielfilme und zwei Kurzfilme. Im Mittelpunkt stand *Heza (Strength)* von Derya Deniz – die Geschichte einer jesidischen Frau, die der IS-Versklavung entkam und zur Kommandantin im Kampf gegen den Terror wurde. Das Festival fand großen Zuspruch, besonders von Menschen kurdischer Herkunft.

Am 20. Dezember luden wir zu einer Diskussionsveranstaltung über die Zukunft Syriens ein. Thema war das Zusammenleben nach Assad.

Im Laufe des Jahres veröffentlichten wir auf unserer Hauptwebsite www.popoli-min.it 162 Pressemitteilungen und 22 Dossiers zu aktuellen Menschenrechtsthemen, darunter ein Exklusivinterview mit Heza Shengal.

Aufgrund der anhaltenden Krise in Nordsyrien knüpften wir Kontakte zur NGO *Un Ponte Per*, um ein gemeinsames Hilfsprojekt zu entwickeln. Zudem arbeiteten wir an einer geplanten Fotoausstellung über tibetische Flüchtlinge der Meraner Fotografin Paola Marcello.



Mauro di Vieste mit Kamal Sido, M. Crippa und G. Giacopuzzi bei der Tagung zum Demokratischen Konföderalismus in Bozen
Foto: Mauro di Vieste

Der Förderverein für bedrohte Völker e.V.

Der Förderverein für bedrohte Völker e.V. unterstützt humanitäre Projekte zur Verbesserung der Lebensbedingungen ethnischer und religiöser Minderheiten. Seit 2006 ist er ausschließlich gemeinnützig tätig und wird rein ehrenamtlich geführt. Spenden werden ohne Abzüge an die Projekte weitergeleitet.

Auch 2024 konnten wir dank Ihrer Unterstützung in zahlreichen Krisenregionen Hilfe leisten. Wie jedes Jahr haben wir alle eingegangenen Spenden direkt an Selbsthilfeinitiativen vor Ort weitergegeben.

Ein besonders schmerzlicher Verlust traf uns im Oktober 2024: Dr. Rassoul Faki, unser langjähriger Koordinator für Nordsyrien, verstarb nach schwerer Krankheit. Er sorgte dafür, dass Hilfe gezielt bei den Bedürftigen ankam. Teile seiner Aufgaben übernimmt nun unser Freund Jndi Maho, Sprecher der Afrin-Aktionsgruppe der GfbV. Als gebürtiger Kurde aus Afrin mit engen Kontakten in die Region koordiniert er nun die Unterstützung vor Ort.

Die Dankbarkeit der Menschen ist groß. So berichtete Dia Shiyar vom Verband der Geflüchteten aus Afrin in Qamishli, dass unsere Hilfe angekommen sei und unter Notleidenden verteilt wurde. Auch die syrisch-orthodoxe Kirche in Hassake und Kaamischli bedankte sich für die Unterstützung der christlichen Familien in der Region. Kim Hassan Reve, unser Partner vor Ort, übergab die Spenden im Namen der Kirche.

Im Nordirak unterstützten wir erneut die yezidische Bevölkerung im Sindschar-Gebirge. Dr. Mirza Dinnyai, Gründer des „House of Coexistence“, half bei der Verteilung der Hilfe vor Ort und besuchte auch uns in Göttingen.

Ein weiterer Schwerpunkt lag in Indien. Im Rahmen des Gudanggorjang-Projekts konnten im Modelldorf Gobinda Pur zehn Familien der gefährdeten Lanja Saora neue, sichere Wohnungen beziehen – mit Küche, Toilette sowie Strom – und Wasseranschluss. Auch ein Gemeinschaftsgarten wurde aufgebaut. Die Dorfbewohner danken dem Förderverein für die beständige Unterstützung.

Der Förderverein ist Eigentümer des Victor-Gollancz-Hauses für Menschenrechte in Göttingen (Geiststraße 7), das an die Gesellschaft für bedrohte Völker vermietet ist und das Bundesbüro beherbergt.

Weitere Informationen zu unseren Projekten finden Sie unter:

[www.gfbv.de/de/
humanitaere-initiativen/
unsere-projekte/](http://www.gfbv.de/de/humanitaere-initiativen/unsere-projekte/)



Herzlichen Dank für Ihre anhaltende Unterstützung und Ihr Vertrauen.



Bewohnerinnen des Modelldorfs Gobinda Pur, Foto: Saheb Bisoi

Geschäftsleitung und Finanzen



Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) ist eine internationale Menschenrechtsorganisation und setzt sich für verfolgte und bedrohte ethnische und religiöse Minderheiten, Nationalitäten und indigene Gemeinschaften ein. Die GfbV ist unabhängig und wird überwiegend von privaten Spenden und Mitgliederbeiträgen finanziert.

Wir sind dankbar dafür und für die 2024 uns zugedachten Erbschaften und Vermächtnisse. All dies gewährleistete unsere parteipolitische und ideologische Unabhängigkeit.

Als Menschenrechtsorganisation vertreten wir die Interessen von bedrohten Minderheiten auf allen Kontinenten bei Politikern, Verbänden und Medien. Diesen Einsatz haben die Vereinten Nationen anerkannt und der Organisation einen Beiraterstatus beim Wirtschafts- und Sozialrat verliehen. Damit hat sie vor UN-Gremien Rederecht und kann die Stimme für verschiedene Minderheiten erheben. Beim Europarat besteht ein mitwirkender Status. Mit Presseerklärungen und Interviews in den Medien, mit der hauseigenen Zeitschrift „Für Vielfalt“, im Internet und in sozialen Netzwerken, mit Ausstellungen, Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen informieren wir die Öffentlichkeit über die Verfolgung und Vernichtung von Minderheiten. Wesentlicher Teil der Arbeit des Vereins wird von Regionalgruppen in verschiedenen Städten und Regionen der Bundesrepublik getan. Diese Gruppen sind das Sprachrohr zu einer breiteren Öffentlichkeit.

Menschenrechtsarbeit ist daher vor allem sehr personalintensiv. Im Kalenderjahr 2024 beschäftigte die GfbV im Jahresschnitt 24 Mitarbeiter*innen in Voll- oder Teilzeit. Wir reisen mit dem Zug zu Gesprächen mit politischen Ausschüssen und Parlamentarier*innen, mit Kirchenvertreter*innen, zu Kongressen oder Podiumsdiskussionen. Oft begleiten wir auch Sprecher*in-nen bedrohter Völker zu wichtigen Terminen. Für Menschenrechtsaktionen oder Infostände etwa auf dem Kirchentag oder auf Messen sind meist mehrere von uns unterwegs.

Uns entstehen Druck- und Vertriebskosten für unsere Kampagnenblätter, die wir mehrmals im Jahr verbreiten, aber auch für Reporte und Memoranden, Postkartenaktionen und Rundbriefe. Unter Werbe-, Öffentlichkeits- und Pressearbeit fallen nicht nur die Herstellung von Veranstaltungsplakaten, Handzetteln oder Transparenten. Darin sind auch die Aufwendungen für unsere Menschenrechtsaktionen gefasst, ohne die sich Medien und Öffentlichkeit wohl längst nicht so oft für unsere Themen interessiert hätten. Auch die Pflege unserer Presseverteiler und die Verbreitung unserer Pressemitteilungen, von denen jede Woche mehrere erscheinen, verursachen Kosten.

Aufwandsentschädigungen Ehrenamtliche - Vergütung Hauptamtliche

Vorstand, Rechnungsprüfer, Schiedskommission, Finanzbeirat und Beirat sind ehrenamtlich tätig. Es werden lediglich nachgewiesene Kosten wie Reisekosten ersetzt. Darüber hinaus kann Vorstandsmitgliedern eine Vergütung im Rahmen der Freibeträge nach § 3 Nr. 26 a EStG gezahlt werden. Im Jahr 2024 wurden an fünf Vorstandsmitglieder Aufwandsentschädigungen i.H.v. insgesamt 4.200,00 EUR gezahlt.

Unsere geltende Betriebsvereinbarung (BV) sieht fünf Entgeltstufen, Angestellte in Verwaltung und Vertrieb, im Aktionsreferat, in der Buchhaltung, Referent*innen sowie Angestellte mit besonderer Verantwortung und Teamleitern bzw. Geschäftsführenden vor. Innerhalb der Gehaltsstufen gibt es jeweils sechs Aufstiegsstufen, die sich an der Dauer der Betriebszugehörigkeit orientieren. Sie werden nach dem ersten, dritten, fünften, zehnten und fünfzehnten Jahr der Anstellung bei der GfbV erreicht. Auf einer Vollzeitstelle mit 40 Wochenarbeitsstunden sollte ein*e Angestellte*r in der geringsten Stufe als Einstiegsgehalt 2.167,20 Euro und ein*e Referent*in oder Buchhalter*in mit besonderer Qualifikation und Verantwortung mit mindestens 15-jähriger Zugehörigkeit auf der höchsten Stufe in 4 bis zu 3.821,52 Euro verdienen. Verwaltungsangestellte bekom-

men in der höchsten Stufe max. 3.274,89 Euro. Die Teamleiter/Geschäftsführenden bekommen in der höchsten Stufe bis 4.651,52 Euro (inkl. einer Zulage von 400 Euro). Es gibt drei Werkstudent*innen mit 20 Stunden und einem Gehalt von 1.118,00 Euro Brutto.

Alle Mitarbeiter bekommen einen Zuschuss zur betrieblichen Altersvorsorge. Die Betriebsvereinbarung gilt nicht für leitende Angestellte i.S. des § 5 BetrVG.

Tabelle auf Grundlage von Vollzeitstellen (40 Stunden wöchentlich) und Betriebszugehörigkeit in 2024:

Gruppe	Position	Durchschnittsgehalt
1	Angestellte/Hilfskräfte	2.809,69 €
2	Verwaltung	3.193,09 €
3	Referent*innen	3.472,10 €
4	Teamleiter*innen	4.247,66 €

Es gibt insgesamt zwei Geschäftsführer und eine Geschäftsführerin, die neben ihrer Tätigkeit als Geschäftsführende noch jeweils in ihren Bereichen als Teamleiter*in tätig sind.

Die Geschäftsführung hat ab Oktober 2024 ihre Tätigkeit aufgenommen, dafür wurde ihr Gehalt dementsprechend angepasst. Ein Geschäftsführer/Teamleiter arbeitet auf 30 Stunden Basis.

Die Gesamtbezüge (brutto inkl. Zulagen) in 2024 der drei Geschäftsführenden/Teamleiter*in sind wie folgt:

- 1) Geschäftsführer/Teamleiter: 47.010 €
- 2) Geschäftsführer/Teamleiter: 40.116 € (30 Std./wöchentlich)
- 3) Geschäftsführerin/Teamleiterin: 52.418 €

Die Jahresgesamtbezüge für alle Mitarbeiter der GfbV in 2024 belaufen sich auf 728.974,67 Euro.

Der Direktor Herr Kühn ist am 31.12.2024 ausgeschieden.

Wichtige Gremien der GfbV e.V.

Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung wählt alle zwei Jahre die fünf Mitglieder unseres Vorstands, eine dreiköpfige Schiedskommission und jedes Jahr zwei ehrenamtliche Rechnungsprüfer*innen, die alljährlich im Auftrag des Vereins die Verwendung der Spendengelder sowie die Arbeit der Bundesgeschäftsstelle prüfen. Jedes Mitglied, das der GfbV mindestens drei Monate vor unserer Mitgliederversammlung beigetreten ist und seinen Beitrag vollständig entrichtet hat, hat eine Stimme.

Im Oktober 2024 hat die Mitgliederversammlung in Präsenz stattgefunden. Der Bericht der Bundesregionalgruppen-Teams, der Schiedskommission und der Rechnungs- und Abschlussprüfungsbericht für das Geschäftsjahr 2023 wurde auf der Versammlung 26. Oktober 2024 vorgetragen und die Entlastung des Vorstands beschlossen.

Vorstand

Unser ehrenamtlicher Vorstand ist für alle Angelegenheiten des Vereins zuständig und unser finanz- und personalverantwortliches Gremium. Er orientiert sich an den in der Satzung definierten Aufgabenbereichen (§ 7). Er führt die laufenden Geschäfte, insbesondere die Ausgestaltung unserer politischen Arbeit, delegiert diese Aufgaben jedoch an die dafür angestellten hauptamtlichen Kräfte. Der Vorstand bereitet die Mitgliederversammlung vor und ist dafür verantwortlich, dass die dort getroffenen Beschlüsse ausgeführt werden. Weitere Aufgaben des Vorstandes ergeben sich aus der Satzung.

Beirat

Der GfbV-Beirat besteht aus mindestens fünf Mitgliedern, berät und unterstützt die Mitgliederversammlung und unseren Vorstand. Dieser beruft Personen in den Beirat, die durch ihr öffentliches Wirken in besonderem Maße unsere Ziele unterstützen. Der Vorstand hat bei der Erarbeitung des Jahresprogramms sowie für wichtige politische Entscheidungen die besonderen Fach-

kenntnisse und Kontakte der Beiratsmitglieder zu nutzen.

Experten

Mindestens 40 Expert*innen arbeiten 2024 weltweit ehrenamtlich mit der GfbV zusammen. Die Expert*innen beraten die GfbV-Referent*innen, knüpfen Kontakte zu Betroffenen und stellen ihr spezifisches, tiefgehendes Wissen über einzelne Länder und Regionen sowie ethnische und religiöse Minderheiten kostenlos zu Verfügung.

Regionalgruppen

Ohne das ehrenamtliche Engagement vieler Menschen könnte die Arbeit der GfbV nicht funktionieren. Unsere sieben Regionalgruppen (RG) sind für uns durch nichts zu ersetzen und ein wichtiger Teil unserer Menschenrechtsorganisation. Sie werden vom Vorstand und Bundesbüro gefördert, organisieren Informationsveranstaltungen und Mahnwachen, werben für Unterstützung von Projekten und Kampagnen. Ihre Stellung und Tätigkeit sind in unserem für alle verbindlichen Regionalgruppenstatut geregelt. Alljährlich sind alle Regionalgruppen-Mitglieder zu einem Regionalgruppentreffen eingeladen.

GfbV Sektionen

Die **Sektion Schweiz** ist ein komplett eigenständiger Verein mit eigener Finanzierung und eigenen Projekten. Nach langjährigem Engagement als Geschäftsführer verabschiedeten die GfbV Schweiz Christoph Wiedmer in den Ruhestand und Anna Leissing trat seine Nachfolge als Geschäftsführerin an.

Von der **Sektion Südtirol** wurden 2024 mehrere bedeutende Veranstaltungen zu Menschenrechtsthemen organisiert.

Die **Sektion Bosnien und Herzegowina** hat im Jahr 2024 die Arbeit an den Schwerpunkten Unterstützung für überlebende Kriegsopfer und Minderheiten, Stärkung der Position von Frauen in der Gesellschaft und Politik sowie Mediations- und Versöhnungsarbeit fortgesetzt.

GfbV International

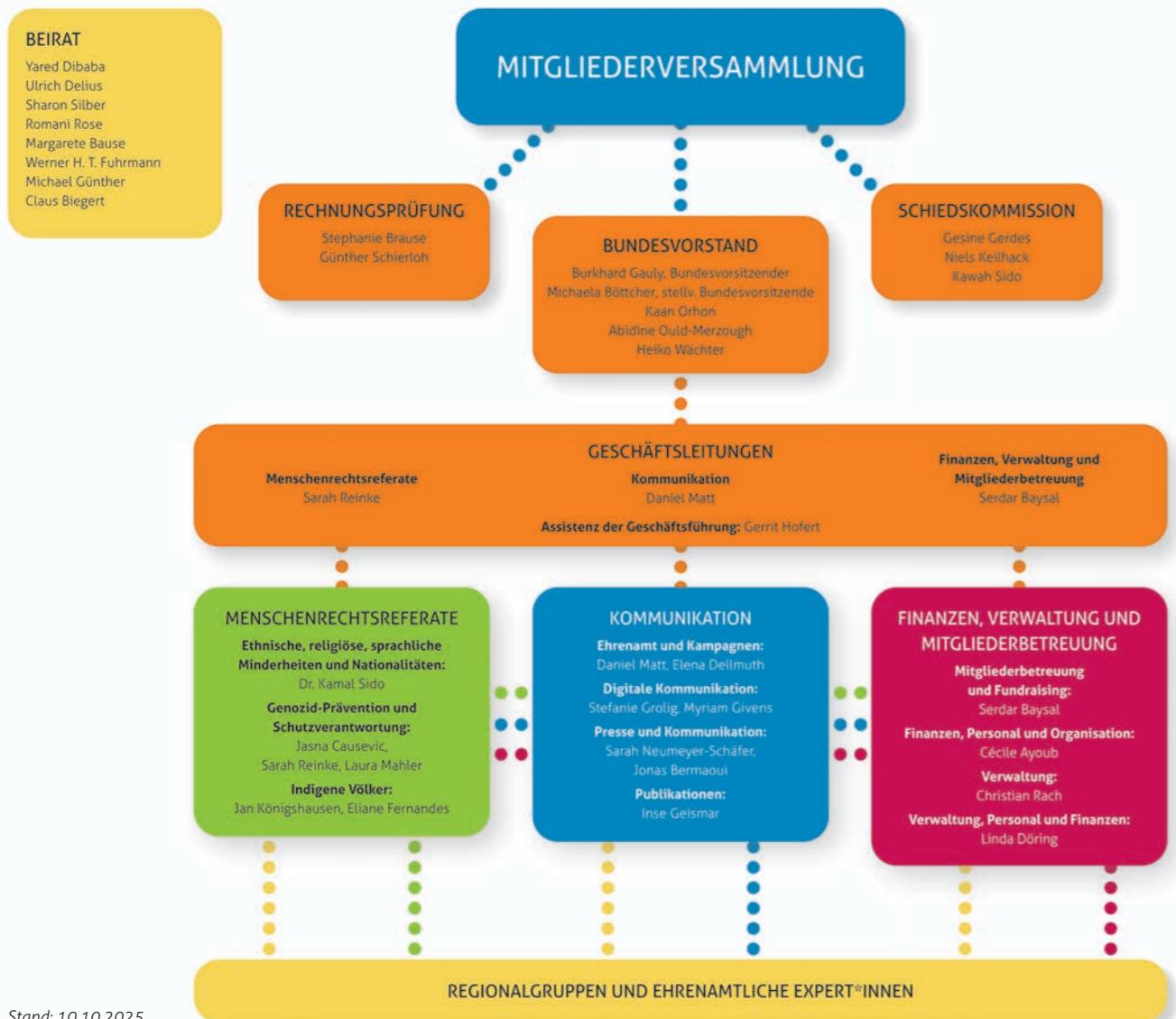
In der GfbV-International zusammengeführte verschiedene Sektionen arbeiten u.a. bei der Arbeit mit den Vereinten Nationen zusammen.

Die GfbV-International hat sich am 28.11.2024 zu ihrer Sitzung getroffen. Es waren vier Sektionen vertreten: GfbV-Deutschland, GfbV-Schweiz, GfbV-Bosnien und GfbV-Südtirol. Wegen des Ausscheidens von Roman Kühn musste ein neuer Präsident gewählt werden. Andreas Bummel, langjähriger ehrenamtlich Aktiver und Leiter der NGO „Democracy without borders“, die sich besonders für eine demokratische Reform der UN-Strukturen einsetzt, stellte sich zur Wahl. Er wurde einstimmig gewählt und nahm seine Arbeit auf.

Mitgliedschaften

Die Gesellschaft für bedrohte Völker arbeitet von Fall zu Fall mit anderen Menschenrechtsorganisationen und Umweltgruppen zusammen. Wir geben gemeinsam mit ihnen Pressemitteilungen heraus oder kooperieren erfolgreich bei Veranstaltungen. Mitglied sind wir bei:

- International Council for the Responsibility to Protect ICRtoP, New York
- Arbeitskreis ILO169
- KoBra (Kooperation Brasilien)
- Klima-Allianz Deutschland (Berlin)
- Initiative Lieferkettengesetz Deutschland
- Initiative Transparente Zivilgesellschaft
- Forum Menschenrechte (Berlin)
- CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung
- Adivasi-Koordination in Deutschland e.V. (Kassel)
- Burma Global/European Burma Human Rights Network (London)
- International Tibet Network (London)
- Nobody's Listening (London)
- Bündnis für Solidarität mit den Sinti und Roma Europas (Berlin)
- Geneva Support Group (GSG) in Genf



Stand: 10.10.2025

Der Sitz der Bundesgeschäftsstelle der Gesellschaft für bedrohte Völker Deutschland ist Göttingen.

Finanzen

Transparenz und Kontrolle

Die Übersicht über unsere Finanzen für das Geschäftsjahr 2024 wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und den Vorgaben der IDW Stellungnahme zur Rechnungslegung von Vereinen (IDW RS HFA 14) und Besonderheiten der Rechnungslegung Spender sammelnder Organisationen (IDW RS HFA 21) erstellt.

Die GfbV unterzieht sich jährlich der freiwilligen Bewertung unter Berücksichtigung der Leitlinien des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI). Die Rechnungslegung erfolgte auf der Basis einer ordnungsgemäßen Buchführung und kaufmännischer Prinzipien.

Wirtschaftsprüfung

Der Jahresabschluss für die GfbV wird regelmäßig durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft. Die Prüfung für das Geschäftsjahr 2024

erfolgte im September 2025 durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Beckmann und Partner mbB (Göttingen), mit Datum vom 15. September 2025 wurde ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt.

Rechnungsprüfer

Einmal jährlich prüfen unsere beiden Rechnungsprüfer*innen in unserer Bundesgeschäftsstelle in Göttingen ehrenamtlich unsere Kasse. Für das Geschäftsjahr 2024 fand die Prüfung am 09. September 2025 statt. Die Rechnungsprüfer empfehlen die Entlastung des Vorstandes.

DZI

Das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI) prüft jährlich, ob die GfbV das Spendensiegel erneut zuerkannt bekommt. Mit dem Siegel wird eine wirtschaftliche und satzungsgemäße Verwendung der Spenden bescheinigt. Es ist Zeichen sorgfältig geprüfter Seriosität und Spendenzwürdigkeit und wird der GfbV e.V. seit 2007 regelmäßig zuerkannt.

Controlling

Für jedes Geschäftsjahr wird ein Haushaltsplan erstellt, der vom Vorstand genehmigt wird. Die Einhaltung dieses Plans wird durch ständigen Soll/Ist-Vergleich nachgehalten. Statistiken werden tagesaktuell gepflegt. Der Vorstand erhält regelmäßige Finanzberichte.

Einnahmen

Wer der GfbV spendet, unterstützt unsere Arbeit für ethnisch und religiös verfolgte Minderheiten. Dazu gibt es vielfältige Möglichkeiten: Treue Dauerspender*innen, Mitglieder sowie Förder*innen unterstützen uns regelmäßig. Einige Menschen berücksichtigen die GfbV in ihrem Testament, um sich über den Tod hinaus für eine friedliche Zukunft zu engagieren. An Bußgeldern wurden uns 2024 leider keine zugewiesen. Wir haben uns allen Richter*innen und Staatsanwält*innen in Niedersachsen mit der Zusendung eines Infoblaatetes in Erinnerung gebracht.

Im Geschäftsjahr 2024 lagen die Gesamteinnahmen bei 1.848.485,92 EURO (2023 1.859.761,83 Euro) und somit etwas unter denen des Vorjahrs. Die Spenden machten 33,95 Prozent unserer Einnahmen aus und waren neben den Mitgliedsbeiträgen die wichtigste finanzielle Säule.

Die Anzahl unserer Mitglieder und Förderer verzeichnete einen geringen Rückgang. Im Jahr 2024 waren es 2,60 % weniger Mitglieder als 2023, bei den Förderern 0,93 % weniger. Zudem gab es einen kleinen Rückgang bei den Abonnent*innen der Zeitschrift. Dies ist vornehmlich in den Auswirkungen des demografischen Wandels begründet.

Am 31. Dezember 2024 hatte die GfbV-Deutschland 4.278 Mitglieder und 641 Förder*innen. Unsere Zeitschrift „Für Vielfalt“ wurde von 2.246 Leserinnen und Lesern abonniert.

Ausgaben

Insgesamt haben sich die allgemeinen Ausgaben etwas reduziert, z.B. bei den Reparaturen und Instandhaltungen einschl. EDV, den Reisekosten, Druck- und Vertriebskosten, Fremdarbeiten, sowie für Porto, Kurierdienste und Telefon etc.

Der Jahresüberschuss von 70.511,22 EUR wird, wie in den Vorjahren, auf neue Rechnung vorgenommen und steht dem Verein zur Erfüllung der satzungsgemäßen Zwecke zur Verfügung.

Bilanz

Die Bilanzsumme in Höhe von 1.896.045,10 Euro ist um 339.780,36 Euro niedriger als im Vorjahr. Im Geschäftsjahr 2024 wurden Anschaffungen in Höhe von 12.933,23 Euro getätigt. Die Abschreibungen des Geschäftsjahres belaufen sich auf 22.789,23 Euro. Die Rückstellungen liegen mit 88.600,00 Euro um 8.800,00 Euro unter denen des Vorjahres. Von den sonstigen Rückstellungen entfallen 53.000 Euro auf Verpflichtungen aus dem Personalbereich.

Die Verbindlichkeiten sind 2023 von 70.180,24 Euro in 2024 auf 47.344,48 Euro gesunken. Die Betriebsmittelrücklage über 599.000,00 Euro deckt die laufenden wiederkehrenden Kosten für das erste Halbjahr ab.

Allgemeine finanzielle Lage

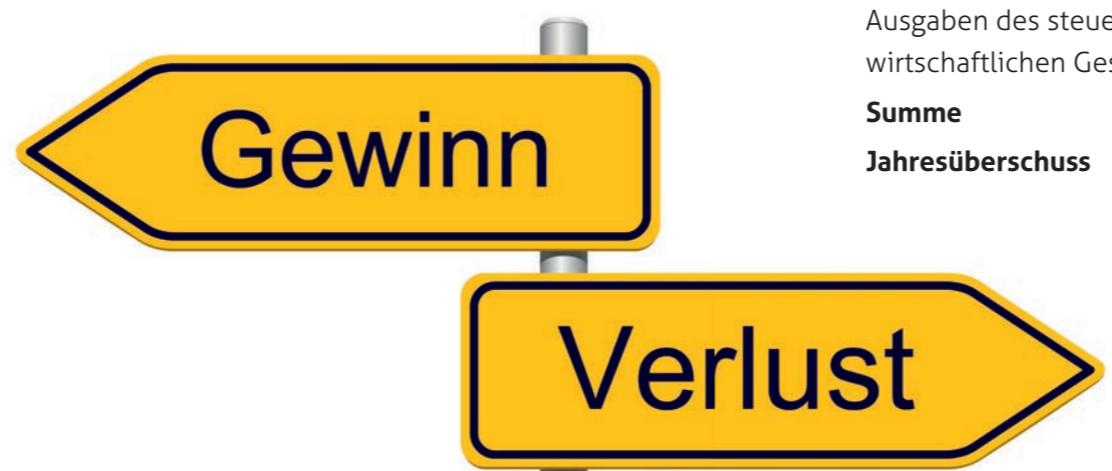
Die finanzielle Lage der Gesellschaft für bedrohte Völker ist weiterhin stabil. Das Geschäftsjahr 2024 wurde mit einem Jahresüberschuss von 70.511,22 EUR abgeschlossen. Darüber hinaus bestehen zum Bilanzstichtag noch nicht verbrauchte Spenden

mittel in Höhe von 1.760.100,62 Euro. Die Gesamtsumme der für die Menschenrechtsarbeit aufgewendeten Mittel beträgt 1.777.974,70 EUR. Der Bestand an flüssigen Mitteln in Höhe von 1.729.656,99 Euro, wovon 1.400.000,00 EUR in Wertpapieren angelegt sind, ist ausreichend, um alle kurzfristig anstehenden Zahlungsverpflichtungen zu begleichen.

Unter Berücksichtigung gleichbleibender Spendeneingänge und eines stabilen Mitgliederbestands, ist die finanzielle Lage der GfbV e.V. zukünftig gesichert.

EINNAHMEN 2024 UND 2023

	2024		2023	
Erbschaften	2.004,90 €	0,11 %	40.887,15 €	2,20 %
Bußgelder	0,00 €	0,00 %	0,00 €	0,00 %
Mitgliedsbeiträge	487.363,62 €	26,37 %	491.313,57 €	26,42 %
Förderbeiträge	66.789,71 €	3,61 %	67.033,99 €	3,60 %
Zuwendungen anderer Organisationen/ Zuschüsse	99.335,65 €	5,37 %	72.079,87 €	3,88 %
Ertrag aus Spendenverbrauch	1.006.191,04 €	54,43 %	1.032.529,63 €	55,52 %
Vereinnahmte Spenden	627.535,22 €	33,95 %	686.735,85 €	36,93 %
Erlöse (Umsatzerlöse/Erträge aus Vermietung und Zuschreibung Wertpapiere)	134.532,20 €	7,28 %	129.068,68 €	6,94 %
Zinserträge	52.268,80 €	2,83 %	26.848,94 €	1,44 %
Gesamt	1.848.485,92 €	100,00 %	1.859.761,83 €	100,00 %



GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG 2024 UND 2023

	2024	2023
Erträge		
Geldspenden	1.072.980,75 €	1.099.563,62 €
<i>Spendererträge</i>	<i>1.006.191,04 €</i>	<i>1.032.529,63 €</i>
<i>Förderbeiträge</i>	<i>66.789,71 €</i>	<i>67.033,99 €</i>
Nachlässe	2.004,90 €	40.887,15 €
Mitgliedsbeiträge	487.363,62 €	491.313,57 €
Sammlungseinnahmen	1.562.349,27 €	1.631.764,34 €
Zuwendungen anderer Organisationen	97.912,00 €	51.749,19 €
Umsatzerlöse aus steuerpflichtigem Geschäftsbetrieb	1.245,27 €	610,19 €
Umsatzerlöse aus Zweckbetrieb	117.996,43 €	126.887,82 €
<i>Zeitschrift Für Vielfalt (ehemals bedrohte Völker)</i>	<i>53.437,89 €</i>	<i>63.351,15 €</i>
<i>Bildkalender Lebenszeichen</i>	<i>64.558,54 €</i>	<i>63.536,67 €</i>
Zins- und Vermögenseinnahmen	67.478,80 €	26.999,54 €
Sonstige Einnahmen	1.504,15 €	21.750,75 €
Summe	1.848.485,92 €	1.859.761,83 €
Aufwendungen		
Programmausgaben		
Personalausgaben	750.718,06 €	748.388,51 €
Sach- und sonstige Ausgaben	567.795,85 €	590.570,93 €
Ausgaben für Werbung und Öffentlichkeitsarbeit		
Personalausgaben	75.365,44 €	75.131,58 €
Sach- und sonstige Ausgaben	74.823,98 €	96.233,79 €
Verwaltungsausgaben		
Personalausgaben	152.688,42 €	152.214,61 €
Sach- und sonstige Ausgaben	155.547,20 €	165.494,64 €
Gesamtausgaben	1.776.938,95 €	1.828.034,06 €
Ausgaben für Vermögensverwaltung	853,98 €	10.724,20 €
Ausgaben des steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs	181,75 €	66,31 €
Summe	1.777.974,68 €	1.838.824,57 €
Jahresüberschuss	70.511,24 €	20.937,26 €

BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2024 (UND VORJAHR)

Aktiva	2024		2023	
Anlagevermögen	74.124,00 €	3,91 %	83.980,00 €	3,76 %
Immaterielle Vermögensgegenstände	13.820,00 €	0,73 %	19.693,00 €	0,88 %
Sachanlagen	60.304,00 €	3,18 %	64.287,00 €	2,88 %
Umlaufvermögen	1.813.253,84 €	95,63 %	2.145.113,55 €	95,94 %
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	9.882,64 €	0,52 %	7.302,19 €	0,33 %
Sonstige Vermögensgegenstände	73.714,21 €	3,89 %	46.511,37 €	2,08 %
Wertpapiere	1.400.000,00 €	73,84 %	1.489.300,00 €	66,61 %
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	329.656,99 €	17,39 %	601.999,99 €	26,93 %
Rechnungsabgrenzungsposten	8.667,26 €	0,46 %	6.731,91 €	0,30 %
Summe Aktiva	1.896.045,10 €	100,00 %	2.235.825,46 €	100,00 %
Passiva	2024		2023	
Noch nicht verbrauchte Spendenmittel	1.760.100,62 €	92,83 %	2.068.245,22 €	92,50 %
Noch nicht satzungsgemäß verwendete Spenden	1.685.976,62 €	88,92 %	1.984.265,22 €	88,75 %
<i>davon freie Rücklagen</i>	<i>50.000,00 €</i>		<i>50.000,00 €</i>	
<i>davon Betriebsmittelrücklage</i>	<i>599.000,00 €</i>		<i>565.000,00 €</i>	
Längerfristig gebundene Spenden	74.124,00 €	3,91 %	83.980,00 €	3,76 %
Sonstige Rückstellungen	88.600,00 €	4,67 %	97.400,00 €	4,36 %
Verbindlichkeiten	47.344,48 €	2,50 %	70.180,24 €	3,14 %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		0,00 %		0,00 %
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	27.657,34 €	1,46 %	61.544,72 €	2,75 %
Sonstige Verbindlichkeiten	19.687,14 €	1,04 %	8.635,52 €	0,39 %
Summe Passiva	1.896.045,10 €	100,00 %	2.235.825,46 €	100,00 %



Auf einen Blick

Vorstand und wichtige ehrenamtliche Gremien

Vorstand 2023

Burkhard Gauly (Karlsruhe), Bundesvorsitzender
 Michaela Böttcher (Halle an der Saale), stellvertretende Bundesvorsitzende
 Kaan Orhon (Göttingen)
 Abidine Ould-Merzough (Aachen)
 Heiko Wächter (Hitzacker)

Kassenprüfung 2023

Günther Schierloh (Göttingen)
 Stephanie Brause (Berlin)

Schiedskommission 2023

Niels Keilhack (Göttingen)
 Gesine Gerdes (Berlin)
 Kawah Sido (Bad Salzschlirf)

Kontakt

Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)
 Geiststraße 7
 37073 Göttingen

Postanschrift:
 Postfach 2024
 37010 Göttingen

Tel. 0551 499 06-0
 Fax 0551 58028
 E-Mail: info@gfbv.de
 Web: www.gfbv.de

Unsere Social Links:

-  @bedrohteVoelker
-  @GfbV.de
-  @GfbV.de
-  GfbVde
-  Für Vielfalt
-  Für Vielfalt

Zweigstelle in Berlin

Gesellschaft für bedrohte Völker
 Reinhardtstraße 27b
 10117 Berlin
 Tel. 030 42804891, Fax 030 42804916
 E-Mail: info@gfbv.de